

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig und der Stadträte zu Großsch. und Zwenkau behördlich bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Began und Taucha

<b>Bezugspreis</b> mit Multa, Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2,-, für Selbstabholer 1,50 Mk. — Durch die Post bezogen 2,- Mk. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206. <b>Volkskassentonto:</b> Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77	<b>Redaktion:</b> Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. — <b>Verlag in Leipzig:</b> Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206	<b>Inseratenpreise:</b> Die 10erzeile, Kolonelle 35 Pfa., bei Platzvorkauf 40 Pfa. Familienanzeigen von Privaten mit 50% Nachlaß. Stellenangebote 10 gelb. Kolonelle 25 Pfa. Reklamezeile 2 Mk. Inserate von auswärtig: die 10erzeile, Kolonelle 40 Pfa., bei Platzvorkauf: 50 Pfa. Reklamezeile 2,25 Mk.
--	--	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Appell Brünings an Frankreich

Die sozialdemokratische Fraktion fordert alsbaldige Verhandlungen über die Aenderung der Notverordnung

### Ein deutsch-französisches Chequers

Ueberraschende Rundfunkrede  
Dr. Brünings

SPD Berlin, 24. Juni.

Der Reichskanzler hat am Dienstagabend im Rundfunk eine politische Rede gehalten, die sich durch ihre Offenheit insbesondere gegenüber Frankreich auszeichnet und in Anbetracht der Bestrebungen der Reichsregierung, gerade gegenwärtig neue Zwittertraktate zwischen Frankreich und Deutschland zu schließen, als mutig bezeichnet werden muß.

Die Rede des Reichskanzlers, die auf sämtliche deutschen Sender und nach Amerika übertragen wurde, ist auf einen Wunsch der amerikanischen Regierung zurückzuführen und wurde völlig überraschend gehalten. Anfänglich beabsichtigte der Reichskanzler, erst am Mittwoch nach der Entschelbung der französischen Regierung über die **Wohlfahrt Hoovers** zu sprechen. Die nicht weitergehende augenblickliche Spannung der deutsch-französischen Verhältnisse veranlaßte ihn jedoch, noch am Dienstagabend das Wort zu nehmen und außer seinem Dank an den amerikanischen Staatspräsidenten einen warmen Appell an die französische Regierung zu richten. Er gab die Hoffnung Ausdruck, daß es bald auch zu einem **französischen Chequers**, d. h. zu Besuchen und Gegenbesuchen zwischen Paris und Berlin zum Zwecke einer besseren Verständigung kommen möge. Nun liegt es an der französischen Regierung, sich dazu zu äußern und zu erklären, ob sie das Angebot annimmt oder nicht.

Im einzelnen führte der Reichskanzler nach Worten herzlicher Dankbarkeit für den Vorschlag des amerikanischen Staatspräsidenten Hoover aus:

„Warnen muß die Reichsregierung vor dem Glauben, als ob mit der Annahme des amerikanischen Vorschlages alle uns bedrückende Not hinweggeräumt wäre. Die Reichsregierung war sich bei den drückenden Maßnahmen, die sie zum Ausgleich der Reichsfinanzen treffen mußte, stets bewußt,

daß erst das Jahr 1932 den Höhepunkt der finanziellen Schwierigkeiten bringen würde.

Die Steuerüberweisungen an die Länder und Gemeinden werden infolge der schweren Wirtschaftskrise um Hunderte von Millionen zurückgehen. Dazu kommen aus dem gleichen Grunde die großen Ausfälle der Länder- und Gemeindesteuern. Erst 1932 werden all diese Haushalte die volle Belastung erfahren.

Die Reichsregierung muß unbedeutend daran festhalten, daß auch ohne Reparationskosten das nächste Jahr außerordentliche Anforderungen stellen wird. Die Reichsregierung war und ist bereit, Härten der Notverordnung und besonders dringende Notlage zu mildern, aber sie kann nicht an dem finanziellen Ergebnis der Notverordnung rütteln lassen. Nur unter Sicherung dieses finanziellen Ertrages wird es bei internationaler Annahme des Hoover'schen Vorschlages möglich sein, die weiteren Einnahmefälle des Jahres 1932 auszugleichen. Das deutsche Volk würde sich um jedes Verständnis der Welt und um jedes Vertrauen bringen, wenn es nicht unbedeutend daran festhält, die Sanierung unserer Finanzen unter den schwersten Opfern durchzuführen.

Der Vertrauensbeweis, der uns in dem weltgeschichtlichen Schritt des Präsidenten Hoover gegeben ist, kann nur Früchte tragen, wenn das deutsche Volk entschlossen ist, durch größte Sparsamkeit das Sanierungswort zu fördern.

Das Feiertagsjahr soll auch die politischen Beziehungen der Länder von störenden Spannungen befreien, das Zusammenarbeiten der Staaten, auf dem ihre friedliche Weiterentwicklung beruht, festigen und fördern. Das aber ist nicht möglich ohne beruhigte und gesunde Finanzlage, wie eine solche Finanzlage nicht ohne friedliches Zusammenarbeiten der Staaten möglich ist. Das Gedelhen Europas und der Welt hängt davon ab, daß diejenigen, die ein tragisches Geschick im Weltkrieg zu Feinden werden lieh, nunmehr entschlossen und bereitwillig sich auf beiden Seiten zu den Entschlüssen auflassen, die die gemeinsame Not der Stunde von allen Regierungen und Völkern fordert.

Die Größe der Stunde und die sich daraus ergebende Verantwortlichkeit läßt mich die Hoffnung und Erwartung aussprechen, daß alle, die für die öffentliche Meinung und ihre Formung in Deutschland maßgebend sind, sich bewußt bleiben, von welcher Bedeutung in diesem Augenblick Maß halten und Selbstdisziplin bei den Meinungen und Kundgebungen aller unserer Volksgenossen für Deutschland und für Europa sind.

Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß bei all dem der zukünftigen Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eine besonders wichtige Rolle zufällt.

Wenn in der Entwicklung dieser Beziehungen manche Schwierigkeiten und Hemmnisse hervorgetreten sind, wenn es in der Öffentlichkeit auf beiden Seiten der Grenze vielfach zu bewegten Auseinandersetzungen gekommen ist, so halte ich trotzdem an der Ueberzeugung fest, daß all das nicht unüberwindbar ist, daß sich vielmehr bei beiderseitigem guten Willen Mittel und

Wege finden lassen werden, um das Uebereinstimmende und Gemeinsame in den Interessen der beiden Länder in den Vordergrund zu bringen und im Bewußtsein der beiden Völker so zu verankern, daß es die Gewähr der Dauer in sich trägt.

Welt ich davon überzeugt bin, daß eine wirklich ausgeglichene und fruchtbare Zusammenarbeit unter den Völkern Europas und die für den lebendigen Wirtschaftsaustausch mit der neuen Welt notwendige Stabilisierung des europäischen Friedens erst an dem Tage gesichert erscheint, wo zwischen den beiden großen Nachbarvölkern das Vergangene seelsch überwinden ist und der Wille sich gemeinsam der Zukunft und ihrer geistigen, wirtschaftlichen und politischen Gestaltung zuwendet.

Gerade deshalb ist es das Bestreben der von mir geleiteten Regierung, über Bestimmungen des Augenblicks hinaus vorwärts zu denken und alles löschlich Verantwortbare zu tun, um die großmütige Aktion des Präsidenten Hoover ihrem verdienten und im Interesse Europas und der Welt notwendigen Erfolge zuzuführen.

Die deutsche Regierung wird es ihrerseits am guten Willen nicht fehlen lassen: Sie die Einigung über das Freilager zustande gekommen, so wird es um so leichter sein, in offener Aussprache den Weg freizumachen für eine großmütige, praktische Zusammenarbeit der beiden Länder.

Ich würde es begrüßen, wenn sich für eine solche einleitende Aussprache eine Gelegenheit fände, wie sie neulich die Zusammenkunft in Chequers für eine Erörterung zwischen Deutschland und England geschaffen hat.

Die Aufgaben, vor denen Frankreich und Deutschland stehen, sind für beide Länder zu groß und zu dringend, als daß es nicht möglich sein sollte, in vertrauensvollem und rücksichtslosem Meinungsaustausch einen gemeinsamen Boden zu finden, von dem aus die Lösung dieser Aufgabe ausschisvoll in Angriff genommen werde.“

### Weitere Kurssteigerungen im Auslande

Kreditverhandlungen mit England

SPD Berlin, 24. Juni.

Die Botschaft des amerikanischen Staatspräsidenten, die in der ganzen Welt einen starken Optimismus ausgelöst hat, hat in Deutschland zunächst zur Verlängerung zahlreicher kurzfristiger Auslandskredite geführt. Die Kurssteigerungen für deutsche Anleihen haben auch am Dienstag in Neupost angehalten. In London zeigte sich bei der Dawesanleihe zum Schluß ein Rückgang um ein halb Prozent, der aber gegenüber dem Kursgewinn der beiden letzten Tage nicht ins Gewicht fällt.

Der Deutschland von der Bank von England zugedachte Kredit soll sich auf 680 Millionen Mark belaufen. Davon soll die Reichsbank 480 Millionen Mark und das Reich 200 Millionen Mark erhalten.

## Ein Brief an den Reichskanzler

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat gestern abend den nachfolgenden Brief dem Reichskanzler überreicht:

Berlin, 23. Juni 1931.

Herrn Reichskanzler Dr. Brüning.

Der amerikanische Vorschlag eines internationalen Moratoriums für die Regierungsschulden eröffnet die Aussicht auf eine beträchtliche Erleichterung der Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands. Obgleich der Vorschlag noch der Zustimmung der beteiligten Mächte bedarf, halten wir es für dringend erforderlich, die zugesagten Besprechungen über die Abänderung der Notverordnung sofort einzuleiten. Die in der Notverordnung enthaltenen Härten werden, wenn das Moratorium zustande kommt, von den betroffenen Schichten als besonders unerträglich empfunden werden.

Wir sind uns bewußt, daß nach wie vor alle Anstrengungen Deutschlands auf die Sanierung der öffentlichen Haushalte gerichtet bleiben müssen. Wir weisen deshalb nochmals darauf hin, daß die von uns geforderten Abänderungen dieses finanziellen Ziel durchaus nicht in Frage stellen. Die von Ihnen vorgeschlagene Verschiebung der Aenderung der Notverordnung beruhte auf der Annahme einer späteren Aufrollung der Reparationsfrage. Nunmehr besteht kein Hindernis mehr, unmittelbar

### Der nächste Schritt

Ein Vorstoß der Sozialdemokratie

Der Haupteinstimmung, die die Börsen der ganzen Welt am Montag bemächtigt hatte, hat gestern einer nüchternen Beurteilung der Sachlage Platz gemacht. Erst die Deffnung der Geschichtsquellen wird bezeugen, wie außerordentlich schwierig die Situation gewesen ist, die sich am Freitag und Sonnabend entwickelt hatte. Sie war nicht allein auf Deutschland beschränkt. Sonst hätte nicht der Präsident der U.S.A., Hoover, eine so plötzliche Schwankung vorgenommen. Die große Geste, die die Vereinigten Staaten machten, hat einen sehr realen Hintergrund. Eben deswegen ist es durchaus angebracht, die Situation recht nüchtern zu betrachten, damit keine Enttäuschungen entstehen können.

Noch ist nicht völlig gewiß, wie hoch sich die Entlastung stellen wird, die der Zahlungsausschub für die deutschen Finanzen bringt. Das hängt von den endgültigen Entschlüssen Frankreichs, sowie von den Verhandlungen ab, die über die französischen Wünsche geführt werden müssen. Soviel aber ist gewiß, daß für Deutschland eine starke Erleichterung entstanden ist, und daß nunmehr mit verstärkter Kraft der Versuch unternommen werden muß, der Notverordnung die schärfsten Giftzähne auszubrechen. Das ist der Zweck des Briefes, den gestern Abend der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion an den Reichskanzler Dr. Brüning gerichtet hat.

Der Fraktionsvorkand erklärt, daß die Sanierung der öffentlichen Haushalte gesichert bleiben müsse. Das ist das A und O jeder Finanzpolitik, die Katastrophen abzuwenden sucht. Dieser Grundsatz aber bedingt keineswegs, daß die Lasten einseitig auf die Schultern der breiten Massen gelagert werden müssen, daß die Maßnahmen, die unter dem Zwange der Not verordnet werden, so einseitig unsozial gestaltet worden sind. Der Reichskanzler hat bei den dramatischen Verhandlungen vom Dienstag voriger Woche zugesagt, daß über Abänderungen der Notverordnung verhandelt werden soll. Damals standen die Besprechungen mit den Vertretern der Vereinigten Staaten noch bevor. Jetzt hat eine außerordentliche Entwicklung der Situation die Entscheidung mit einem Schlage herbeigeführt. Darum ist es nicht mehr als recht und billig, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verlangt, daß die Verhandlungen nunmehr unmittelbar in Angriff genommen werden sollen.

In einem Punkte wurden die Zusagen Dr. Brünings bereits erfüllt. Das betrifft die Jugendlichen unter 21 Jahren, die aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen werden sollten. Eine bereits fertiggestellte Ausführungsverordnung sagt, daß die Unterstützungsjahre nach den Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung auch für die Jugendlichen unter 21 Jahren fortgezählt werden sollen. Freilich sollen sie einer Bedürftigkeitsprüfung unterworfen werden, die in ihren Grundzügen den Maßnahmen entspricht, die in der Krisen-

nachdem das Moratorium gesichert ist, die Abänderung der Notverordnung vorzunehmen. Das gilt um so mehr, als die Entlastung durch den allgemeinen Schuldenausshub viel weiter geht, als es bei der Inanspruchnahme des Transfemoratoriums der Fall gewesen wäre.

Wir verkennen nicht, daß der Plan des Präsidenten Hoover keinen Anlaß zu übertriebenen Hoffnungen geben darf. Der Grundlag der Finanzsanierung muß aufrechterhalten werden. Trotzdem müssen aber auch die einschneidenden Abbaumaßnahmen der Notverordnung gemildert und die schweren Steuerlasten gesenkt werden. Diese Maßnahmen dürfen nur dem Zwecke dienen, die durch Lohn- und Sozialabbau viel zu weit eingeschränkte Lebenshaltung der breiten Massen der Bevölkerung zu verbessern. Die werktätigen Schichten haben bisher die schwersten Opfer für die Finanzsanierung gebracht; deshalb haben sie einen berechtigten Anspruch darauf, daß ihnen künftig alle Erleichterungen zugutekommen. Nur wenn das geschieht, wird die finanzielle Entlastung Deutschlands die Voraussetzung für wirtschaftlichen Aufstieg und politische Beruhigung werden.

Unter diesen Umständen wiederholen wir das dringende Ersuchen an die Reichsregierung, alsbald mit den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Verhandlungen über die Abänderung der Notverordnung einzutreten.



# Frankreich wird zustimmen Bedingungen

SPD. Paris, 23. Juni.

Der französische Ministerrat hat am Dienstag seine Beschlussfassung über den amerikanischen Vorschlag auf Mittwoch vertagt, aber zugleich angekündigt, daß er Amerika am Mittwoch bestimmt antworten werde.

Die Tatsache, daß das Außenministerium von dem amerikanischen Vorschlag überrascht worden ist und die ersten Berichte des französischen Botschafters in Washington, des Dichters Claudel, so unvollkommen waren, daß die französische Regierung sich über die volle Tragweite des Vorschlages Hoovers in den ersten Stunden keine Rechenschaft abzulegen vermochte, hat natürlich den Feinden Briands wieder einige Waffen geliefert. Trotzdem scheint innerhalb der Regierung über das Vorgehen am Mittwoch größere Uebereinstimmung zu herrschen, als es die Rechte bisher erwartet hat. Finanzminister Briand und Budgetminister Blotet haben sich mit Briand im Prinzip einverstanden erklärt, den Hoover-Vorschlag anzunehmen, allerdings unter der Hinzufügung, daß der Mechanismus des Youngplanes als solcher aufrechterhalten bleibt, so daß die Rechte Frankreichs auf die Wiederaufnahme der bedingungslos zu leistenden Zahlungen des Youngplanes nach Ablauf des Festsatzjahres gesichert bleiben. Außerdem sind Briand und Blotet mit Briand darüber einig, daß eine großzügige Kreditpolitik zugunsten Deutschlands ins Auge gefaßt werden muß. Briand scheint die Hoffnung zu haben, daß Amerika endgültig aus seiner bisherigen zurückhaltenden Stellung gegenüber Europa herausgehen werde und damit auf allen Gebieten für die zukünftige Entwicklung neue Wege eröffnet werden.

## Beratungen

SPD Paris, 24. Juni.

Im Laufe des Dienstagabend haben in Paris weitere Beratungen über den amerikanischen Moratoriumsvorschlag stattgefunden. Briand empfing den kurz vorher aus Berlin zurückgekehrten deutschen Botschafter v. Geisler, der nach dem „Matin“ von der Reichsregierung beauftragt war, Auskunft über die Haltung Frankreichs gegenüber dem Vorschlag Hoovers zu erbitten. Briand soll dem Botschafter mitgeteilt haben, daß die französische Regierung am Mittwoch der amerikanischen Regierung Gegenwortsätze übermitteln werde, die der sehr interessanten Initiative des amerikanischen Botschafters in weitem Maße Rechnung tragen, aber die Rechte Frankreichs in Bezug auf den bedingungslosen Teil der Youngplanzahlungen wahren.

In später Nachtstunden machte der amerikanische Botschafter Edge dem Ministerpräsidenten Vauel einen Besuch, um die dem Außenminister in parlamentarischen Kreisen gemachten Vorwürfe, er sei über die Vorbesprechungen des amerikanischen Vorschlages nicht genügend unterrichtet worden, zu entkräften. Der Botschafter erklärte, daß keinerlei Vorverhandlungen mit irgendeinem Lande

stattgefunden hätten. Der Präsident der Vereinigten Staaten habe sich genötigt gesehen, schnell zu handeln, als die deutsche Finanzkrise am Ende der letzten Woche einen neuen Zusammenbruch ankündigte. Frankreich sei an erster Stelle von dem amerikanischen Vorschlag unterrichtet worden.

Zu diesen Erklärungen des Botschafters teilt Bertinaz im „Echo de Paris“ mit, es sei die Schuld der amerikanischen Bankiers, die um ihre an Deutschland vergebenen kurzfristigen Kredite besorgt gewesen seien, daß Hoover zu einem überstürzten Handeln gezwungen worden ist. Ursprünglich hätte Hoover die Absicht gehabt, seinem Plan die Form einer französisch-amerikanischen Erklärung zu geben, da Frankreich und die Vereinigten Staaten die beiden Länder seien, die bei der gegenwärtigen Lage die größten Opfer bringen könnten.

## Sieben Interpellationen

SPD. Paris, 23. Juni.

In der Kammer sind zu der Vorkast Hoovers bisher sieben Interpellationen eingegangen.

Der „Intransigeant“ will am Dienstag aus guter Quelle erfahren haben, daß der von Hoover vorgeschlagene Zahlungsausschub nicht nur für ein Jahr, sondern für zwei Jahre gelten soll. Um die durch den Einnahmefall in den Budgets der früheren interalliierten Länder entstehenden Defizite auszugleichen, solle beabsichtigt sein, eine von den Amerikanern und den alliierten Ländern garantierte Anleihe von drei Milliarden Dollar aufzunehmen. Die Verhandlungen darüber würden in der nächsten Zeit stattfinden.

## Ermahnungen an Frankreich

II Paris, 23. Juni.

Das Gericht bestätigt sich, daß Amerika einen besonderen Schritt gegenüber Frankreich unternommen hat. Die Pariser Agentur-Radio meldet aus Washington, daß der Unterstaatssekretär des Schatzamtes Mills dem französischen Handelsattaché eine Denkschrift in der Form von 2 Zahlentabellen zur Weiterleitung nach Paris übergeben habe. Eine dieser Tabellen weise den Anteil Frankreichs an dem Plane des Präsidenten Hoover auf, während die andere die Lage darstelle, die sich aus einer Ablehnung von Seiten Frankreichs ergeben würde. Die Denkschrift werde als vertraulich betrachtet, bis die französische Regierung Gelegenheit habe, davon Kenntnis zu nehmen, bzw. ihren Inhalt zu prüfen. Man erfahre vorläufig nur, daß das Washingtoner Schatzamt eine eingehende Berechnung aufgestellt habe, die auf die Feststellung hinauslaufe, daß Frankreich im Zusammenhang mit dem Hoover-vorschlag 90 Millionen Dollar aufbringen müsse. Ferner werde auseinandergesetzt, daß es im elgersten Interesse Frankreichs liege, die Vorschläge anzunehmen. Wenn Frankreich auf Zahlung des ungeschuldeten Jahresanteils durch Deutschland bestehen sollte, so werde es auch seine Schulden an Amerika und England zahlen müssen. Es sei denn, daß die französische Regierung ein besonderes Schuldenmoratorium fordere, was nach der Ansicht führender amerikanischer Persönlichkeiten dem französischen Kredit nur Schaden könnte.

Hilfsförmige vorgelesen sind. Den Gemeinden wird für die Regelung dieser Fragen ein Betrag von 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Dieses Zugeständnis aber genügt keineswegs, um einen auch nur einigermaßen gerechten Ausgleich herbeizuführen. Darum gilt es, alsbald die Verhandlungen aufzunehmen, um weitere Verbesserungen herbeizuführen. In erster Linie ist es erforderlich, den Gemeinden eine entsprechende Entlastung zu gewähren. Wir haben bereits dargelegt, daß von der Reichsregierung die Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten auf rund 2,5 Milliarden Mark geschätzt worden sind. Durch die Notverordnung werden rund 1,8 Milliarden Mark gedeckt. Demzufolge bleibt ein Fehlbetrag von rund 900 Millionen Mark, der in der Hauptsache die Haushalte der Länder und der Gemeinden betrifft. Werden den Gemeinden entsprechende Einnahmequellen nicht erschlossen, dann bleibt nur entweder der Abbau der Wohlfahrtsunterstützungsfälle, die Verminderung der Kulturpositionen oder aber eine Steigerung der Säge für die Bürgersteuer, die eine noch schmerzlichere Ungerechtigkeit bringen muß.

Wird hier nicht entsprechend vorgebaut, dann wiederholen sich die Vorgänge, die jetzt die Reichspolitik belasten, in jeder einzelnen Gemeinde, so daß die politischen Schwierigkeiten dauernd wachsen müssen. Dabei sei von der Tatsache vollkommen abgesehen, daß durch die Kürzung der Wohlfahrtsunterstützungsfälle gerade die langfristigen Arbeitslosen in erster Linie getroffen werden. Die Gemeinden werden um so stärker belastet, da jeder Abbau anderer Sozialversicherungs-zweige letzten Endes auf Kosten der Gemeinden geht. Die Kommunen haben durch entsprechende Wohlfahrtsleistungen einzustehen, wenn durch den Abbau im Reiche den Unterstützungsempfängern die Möglichkeit zum Leben genommen wird.

Aus all diesen Gründen ist der Optimismus durchaus nicht angebracht, der sich am Montag auch auf den deutschen Börsen geltend machte. Das um so weniger, als die Schwierigkeiten noch keineswegs endgültig behoben sind, die der Reichsbank bei der Ueberwindung der Ustimbelastrungen erstehen müssen. Ohne einen Kredit ausländischer Finanzmächte wird die Reichsbank nicht auskommen vermögen. Wann und wo er gewährt werden soll, ist vorläufig noch nicht zu ersehen. Dies um so weniger, solange die endgültige Entscheidung der beteiligten Regierungen über den Vorschlag Hoovers nicht getroffen ist.

Auf alle Fälle aber hat der Reichstanzler die Pflicht, die Versprechungen einzuhalten, die er während des Kampfes um die Notverordnung gegeben hat. Die damals angeführten Schwierigkeiten sind durch den überraschenden Entschluß des amerikanischen Präsidenten überwunden worden. Darum verlangt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit Recht, daß die Entscheidungen alsbald getroffen werden.

## Keine Gehaltskürzung für die Reichswehr

SPD Das Reichswehrministerium bemüht sich zur Zeit, daß die Bezüge der Mannschaften und der Offiziere bis zum Hauptmann entgegen der Notverordnung auf ihrem gegenwärtigen Stand belassen werden. Nur die Gehälter der Ränge vom Stabsoffizier ab sollen dem Abbau, wie ihn die Notverordnung vorseht, unterworfen werden.

Das Conti-Nachrichtenbüro weiß zu dieser Sonderverhandlung der Reichswehr folgendes zu berichten: „Es ist richtig, daß die Angehörigen der Wehrmacht bis zum Hauptmann einschließend von der Gehaltskürzung ausgenommen werden. Es handelt sich aber keineswegs, wie jetzt in den Blättern angenommen wird, um neue Durchführungsbestimmungen, vielmehr ist man sich im Reichsabinet schon bei der Beratung der Notverordnung darüber schlüssig geworden, die Gehaltskürzung erst vom Stabsoffizier ab eintreten zu lassen. Neuerdings sind nun den zuständigen Verwaltungsstellen entsprechende Mitteilungen gemacht worden. Ähnlich lüßt man auch für einen Teil der Schulpolizei eine Sonderregelung herbeizuführen. Zwischen dem Innen- und dem Finanzminister Preußens z. B. schweben bereits seit längerer Zeit Verhandlungen über einen Ausgleich für die Beamten des Küfendienstes. Die Verhandlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen. Die Gründe für die Sonderbehandlung liegen in der staatspolitischen Notwendigkeit, dem politischen Radikalismus nicht einen Legitimationsvorwand gerade bei Wehrmacht und Polizei zu geben. Zudem sind die Bezüge der unteren Gruppen hier ohnehin bereits sehr niedrig.“

## Hitlers Stabschef

SPD München, 23. Juni.

Mit einer knappen Ueberschrift versucht das „Hitler-Organ“ die Enthüllungen der „Münchener Post“ über Röhms als Verleumdungen hinzustellen. Eine seitgedruckte Erklärung des Röhms liefert aber den glatten Beweis, daß sein Freund Dr. Maier den belastenden Bericht tatsächlich verfaßt hat. Denn Röhms behauptet selbst, daß er nach dem Erscheinen des Berichts in der „Münchener Post“ Dr. Maier angeboten habe, seinen Bericht zu widerrufen. Auf die schlichten Dinge geht Röhms in seiner Erklärung nur mit der Behauptung ein, daß der Inhalt „unwahr“ sei. Im übrigen lehne er es ab, darauf zu antworten.

Daß diese merkwürdige Art einer „Berichtigung“ der Wahrheit nicht standhält, beweist ein außerordentlich interessanter Brief des Herrn Schulz, der nach der Stennes-Affäre von Hitler als Osaf in Berlin eingesetzt wurde. Dieser an Hitler gerichtete Brief, den die „Münchener Post“ am Mittwoch veröffentlicht, ist neuesten Datums und geschrieben, noch ehe Schulz von seinem Berliner Posten wieder abberufen war. Die Vermutung liegt also nicht allzuerweit, daß Schulz gerade wegen seiner scharfen Kritik an der Röhms-Clique von Hitler fallengelassen wurde. Das Hitler-Organ kann seine aus Verlegenheit und Wut gebrauchte Antwort nicht anders als mit verdrehten Worten und Drohungen herauschreiben. Ein solches Mittel mag in bolivianischen Urwäldern üblich und wirksam sein, in Deutschland aber wird der Stabschef des Herrn Hitler nicht darum herumkommen, insbesondere nach dem Bekanntwerden des Schulz-Briefes geradezustehen und Rechenschaft abzulegen, auch wenn dem Herrnsitz im Braunen Hause darüber Hören und Sehen vergehen sollte.

## Die braune Welt

SPD Berlin, 24. Juni.

Am Dienstagabend zwischen 22 und 23 Uhr kam es in Berlin am Magdeburger Platz und in den umliegenden Straßen zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten. Die Reichsbannerkameraden wurden in der Nähe der Lühnowstraße von Nationalsozialisten überfallen und zum Teil so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Bei der Gegenwehr wurden auch verlesene Nationalsozialisten verletzt. In später Nachtstunden verhaftete die Polizei vier der nationalsozialistischen Angreifer, darunter die mutmaßlichen Täter.

## Die Regierung der Halbsachlichen muß gehen

Das endgültige Ergebnis der Sobranje-Wahlen

II. Sofia, 23. Juni.

Das endgültige Ergebnis der Sobranjewahlen einschließlich der Zentralfractions ist folgendes: Oppositioneller bürgerlich-bäuerlicher Volksblock 180 Mandate, Spavor (bisherige Regierungspartei) 79, Kommunisten 32, Sozialisten 5 und Majedonsche Gruppe 8 Mandate. Die Sozialisten, die in der alten Sobranje mit 10 Abgeordneten vertreten waren, erhielten diesmal ihre 5 Mandate nur von der Zentralfractions. Beachtenswert ist das Anwachsen der Kommunisten von 4 Vertretern im Parlament auf 32.

Der Ministerrat beschloß am Montag, daß Naptcheff spätestens bis zum Freitag zurücktreten habe. Der Spavor scheint entschlossen zu sein, in die Opposition zu gehen. Der König wird voraussichtlich die Bildung einer Regierung aus der Mitte der Reichsregierung anraten. In diesem Falle würde Alexander Malinoff das Ministerpräsidium übernehmen, während dem Bauernbund der Vorsitz in der Kammer zufallen soll. Minister Stotoff erklärte entgegen umlaufenden Gerüchten, daß die Regierung nicht daran denke, sich mit außerordentlichen Mitteln unter Nichtbeachtung des Wahlergebnisses am Ruder zu halten.

## Vertagung der Abrüstungskonferenz?

Sest im Herbst 1932?

II. Genf, 23. Juni.

Wie in hiesigen gut unterrichteten Kreisen verlautet, soll bei einigen europäischen Regierungen eine Vertagung der Abrüstungskonferenz vom Februar auf den Herbst 1932 erwogen werden. Ein offizieller Vorschlag in dieser Richtung liegt bisher noch nicht vor, so daß von Seiten des Völkerverbands offiziell zu den hier im Umlauf befindlichen Gerüchten keine Stellung genommen wird. Jedoch wird die Tatsache dahingehender Erwägungen nicht abgestritten.

Als Begründung einer Vertagung, die offenbar in erster Linie in französischen Kreisen gewünscht wird, wird angegeben, daß die Abrüstungskonferenz größere Aussichten auf Erfolg hätte, wenn die internationale Schulden- und Reparationsfrage vorher bereinigt ist und das Abrüstungsproblem unabhängig von der gegenwärtig die europäische Politik in erster Linie belastenden Reparationsfrage geprüft werden kann. Ferner wird geltend gemacht, daß die Abhaltung der Abrüstungskonferenz zu Beginn des Jahres 1932 auf Schwierigkeiten stoßen würde, da nach dem jetzt eingeleiteten Moratoriumsverhandlungen bis zum Juli des nächsten Jahres eine neue Reparationskonferenz erwartet wird, so daß die Regierungen während des Bestehens des nächsten Jahres vollauf mit der endgültigen Regelung des internationalen Schulden- und Reparationsproblems beschäftigt sein würden. Wie verlautet, werden auf amerikanischer Seite keine Einwände gegen eine Verschiebung der Abrüstungskonferenz erhoben werden. Wahrscheinlich dürfte für die französische Regierung hierbei der Gesichtspunkt sein, daß der in der Hoover-Botschaft praktisch politisch geschaffene unmittelbare Zusammenhang zwischen dem Reparations- und dem Abrüstungsproblem für Frankreich eine außerordentlich schwierige Lage geschaffen hat, der man durch eine Vertagung der Konferenz auf ein halbes Jahr zunächst aus dem Wege gehen will. Eine Verschiebung der Abrüstungskonferenz auf den Herbst 1932 würde formell eine neue Beschlussfassung des Völkerverbands auf Grund eines Antrages einer Regierung notwendig machen. Auf deutscher Seite wird jedenfalls ein Gedanke der Vertagung der Abrüstungskonferenz nach jeder Richtung eingehend geprüft werden müssen.

## Trauerfeier für Wilhelm Bod

SPD. Oberkirch, 23. Juni.

Am Dienstag um 10 Uhr hatten Lastkraftwagen aus Gotha die herbliche Hülle Wilhelm Bods von Oberkirch im Schwarzwald in seine Heimat getragen. In der Nacht zum Dienstag war der Tote im Krankenhaus des Bezirksamts Oberkirch aufgebahrt worden.

Der Bürgermeister des Amtstädtchens Oberkirch hielt bereits am Montagabend in der Gemeindeordnetenversammlung eine Gedächtnisrede für den Verstorbenen. Er feierte ihn als Menschen, dessen Streben dahin gegangen sei, den Interessen der Allgemeinheit dienlich zu sein. Die schlichte behördliche Trauerfeier endete mit dem Beschluß, daß die Stadtpfarrkirche Wilhelm Bod bei der Ueberführung ins städtische Spital an der Stadtgrenze einholen sollte. Um 21 Uhr setzte sich der schlichte Trauerzug der Kurgenossen des gemeindefreiwirtschaftlichen Ferienheimes bei Bad Sulzbach in Bewegung. Arbeiter, Bauern und Bürger der angrenzenden Gemeinde schlossen sich dem Zuge an. Als die Stadtgrenze von Oberkirch erreicht war, leuchtete Fackelschein in den dunklen Abend und ein Chor gab Ausbruch von dem Lied, das alle bewegte, „Adolf Ged“, sein alter Mitstreiter aus frohster Jugend, stand am Wegesrand auf der Landstraße und rief ihm Worte des Gedächtnisses nach. Er sagte: „Dieser schlichte Wagen trägt ein Kleinod, dessen Wert Jahrzehnte hindurch geblieben hat. Der Name dieses Mannes wird in die Geschichte des schaffenden Volkes eingeschrieben sein. Sein Kampf galt den Armen und Entrechteten und die Vorsehung hat ihm als Gnade für ein kampffreies Leben einen fast wunderbaren Tod gegeben. Seine Verdienste um die Arbeiterklasse und die Menschheit wird die große Trauerfeier in seiner Heimat zu würdigen haben. Wir, die Bewohner des Reichstales, geben dir einen letzten Gruß in deine Heimat, verbunden mit dem Dank für alles, worum du gekämpft hast.“

Der sozialdemokratische Abgeordnete des Badischen Landtages, Reinhold Mannheim, rief dem toten Führer auf der letzten Reise in seine Heimat unter Würdigung seiner Verdienste für die Sozialdemokratie letzte Grüße zu, verbunden mit der Mahnung an das lebende Geschlecht, im Kampf für die Sozialdemokratie nicht zu erlahmen. Im Mondscheinlicht der Nacht bewegte sich der stumme Trauerzug dann durch die Straßen von Oberkirch, die umflutet waren von der mittrauernden Arbeiter- und Bürgerschaft. Auf dem rot drapierten Sarge lagen Blumengebilde aus roten Rosen von der Kurverwaltung des gemeindefreiwirtschaftlichen Ferienheimes, den Kurgenossen und der badischen Bezirksparteiorganisation. Ehe Wilhelm Bod am Dienstagvormittag die letzte Reise von Krankenhaus Oberkirch in seine Heimat antreten mußte, überbrachte ein Arbeiter aus dem Reichstale die letzten Grüße der dortigen sozialdemokratischen Mitgliedschaft.

## Hansmann zur Disposition gestellt

SPD Die preussische Staatsregierung hat am Dienstag beschlossen, Landrat Hansmann in Schwelm zur Disposition zu stellen. Hansmann ist Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtages.

Der Beschluß des Staatsministeriums ist nicht, wie wir ausdrücklich hervorheben, aus Grund der Nierenhofer Rede von Hansmann erfolgt. In dieser Rede sollte Hansmann nach den Behauptungen des „Stahlhelm“ die Frontsoldaten allgemein als besoffene Schweine bezeichnet haben. Die amtliche Untersuchung ergab, daß auch diese Behauptung des „Stahlhelm“ den Tatsachen nicht entspricht, so daß Hansmann aus dem damals gegen ihn eingeleiteten Verfahren gerechtfertigt hervorging. Die Persönlichkeit des Sozialdemokraten Hansmann hat es mit sich gebracht, daß dieser Mann zu einem großen Teil des Schwelmer Kreis-tages in immer stärkerer Widersprüche geriet, die naturgemäß auf die Selbstverwaltung zurückwirkten und eine entsprechende Arbeit zwischen der Mehrheit des Kreistages und Hansmann mehr und mehr in Frage stellten. Aus dieser Situation hat die preussische Staatsregierung die Konsequenzen gezogen, indem sie Hansmann zur Disposition stellte. Wie wir hoffen, für kurze Zeit.



# Keine Milderung des reaktionären Kurzes

## Die beendete Regierungskrise

Von Therese Schiefinger, Wien.

Seit die Regierung Ender am Mittwoch, dem 17. Juni, ihre Demission gegeben hat, gab es zu jeder Stunde eine neue Ueberraschung. Zunächst hat man damit rechnen müssen, daß Ender Bundeskanzler bleiben und eine neue Regierung bilden werde. Das wäre auch so ziemlich allen Parteien unter den obwaltenden Umständen als das kleinste Übel erschienen. Bald aber zeigte es sich, daß der sanfte, vermittelnde Ender im Grunde gar nicht so unwahrheitslieblich war, als man von ihm geglaubt hat. Stellte er doch für sein Verbleiben an der Spitze der Regierung die Bedingung, daß ihm „außerordentliche Vollmachten“ verliehen würden, die er allerdings bereit war, mit einem sehr kleinen proportionalen aus den parlamentarischen Parteien gebildeten Ausschuss zu teilen. Das bedeutet, daß Ender hoffte, einzelne Vertreter der bürgerlichen Parteien für die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, das Notopfer der Beamten, die Erhöhung der Wohnungszinse, tief einschneidende Erhöhungen der Lebensmittelpreise und Strafschärfung für die Bankverbrecher zu gewinnen und mit ihnen die Sozialdemokratie in dem geplanten Ausschuss zu überstimmen. Zum Glück hätte eine solche Ausschaltung des Parlaments zu ihrer Gesehwandlung einer Zweidrittelmehrheit bedurft. Und da die Sozialdemokratie natürlich nicht daran dachte, eine solche zu liefern, so war es um Ender geschehen. Es tauchten dann noch allerlei Kandidaturen von Männern auf, denen man zutraute, als Bundeskanzler eine vermittelnde Rolle zu spielen. Keiner von ihnen war aber allen bürgerlichen Parteien genehm, bis sich am Freitag der Bundespräsident zu dem allgeringsten Schritt entschloß und Ignaz Seipel aus der Verfertigung aufsteigen ließ. Der kam mit dem sicher kühnen Gedanken, ein Konzentrationsministerium aus allen Parteien zu bilden und begann sogleich mit den Sozialdemokraten zu unterhandeln.

Unsere Genossen erklärten, daß die Sozialdemokratie sich bisher bereitgefunden habe, mitzuhelfen, um das Land vom Rand des finanziellen Ruins zu retten, und daß sie auch weiterhin dazu bereit sei. Selbstverständlich dürfe aber die Rettung nicht auf Kosten der Armen gehen, denen neuerliche Opfer aufzuerlegen, sie dem Hungertod preisgeben hieße. Darum könne die Sozialdemokratie nur dann an der Regierung teilnehmen, wenn ihr bestimmte Zusicherungen gegeben würden, daß der Arbeiterschaft und insbesondere den Arbeitslosen neue Opfer nicht auferlegt werden würden.

Seipel meinte, daß die Zeit so sehr dränge, daß man augenblicklich über ein Regierungsprogramm gar nicht reden könne. Die Parteien müßten zuerst die Regierung bilden, dann werde es noch immer Zeit sein, um sich über ein Programm zu einigen. Auf diese plumpe Bauernfängerlei des alten Intriganten sind unsere Unterhändler natürlich nicht hingefallen. Sie erklärten, ihre Parlamentsfraktion bestreite zu wollen. Diese beschloß dann einstimmig, daß die Sozialdemokratie nur unter der Bedingung in eine Regierung eintreten könnte, wenn ihr Garantie dafür geboten würde, daß der ganze Geist der Gesetzgebung und Verwaltung gründlich verändert und alle Anschläge auf die Leidenden vermieden werden würden. Weil ihr aber solche Garantien bisher nicht geboten worden seien, so sei sie derzeit nicht

in der Lage, die Einladung Seipels anzunehmen. Eine schriftliche Erklärung dieses Inhaltes wurde dem Dr. Seipel übermittelt, womit die Verhandlungen als abgeschlossen und Seipels Plan als gescheitert anzusehen war. Er versuchte dann in langen Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien (die acht Heimatsblätter kamen als nicht auf dem Boden der Verfassung stehend nicht in Betracht) eine Mehrheitsregierung zu bilden. Diese hätte, wenn sie zustande gekommen wäre, eine Mehrheit von fünf Stimmen gehabt und wäre nicht lange imstande gewesen, sich zu behaupten, aber sie kam gar nicht zustande, weil in den letzten Jahren und insbesondere in den letzten Wochen, seit die Krise in der Kreditanstalt ausgedroht ist, große Gegensätze innerhalb des Bürgerblocks sich ausgetan haben und weil andererseits Seipel längst nicht mehr den Einfluß und das Ansehen besitzt, um widerstreitende Interessen auszugleichen.

Seipel mußte sich völlig geschlagen zurückziehen, mußte einem der Kleinen von den Seinen, dem niederösterreichischen Landeshaupmann Dr. Buresch das Feld räumen.

So kam das Kabinett Buresch zustande. Es wird sich wohl bald als nicht sehr weisensverliehen von der ihm vorausgegangenen Regierung erweisen. Kein Zweifel, daß Ender ein besserer Mann ist als Buresch, dafür dürften der neue Finanzminister Professor Redlich und der Minister für soziale Verwaltung, Dr. Kersch, ihren unmittelbaren Vorgängern überlegen sein. Ob es aber dem ersteren gelingen wird, der Finanzkrise Herr zu werden und die mit Staatsmitteln und Staatsgarantien künstlich aufrechterhaltene Kreditanstalt auf eine gesunde Grundlage zu stellen, und ob der letztere auf die bisher geplanten Anschläge auf die Existenz der am meisten Notleidenden verzichteten wird, das dürfte sich schon in der allerersten Zeit erweisen.

Für unsere Partei hat sich so gut wie nichts geändert. Sie fährt fort, mit allen Mitteln ein System zu bekämpfen, das die Ausbeutung und Korruption in der schamlosesten Weise schließt und alle Kräfte der Wirtschaftskrise auf die Schultern des Proletariats wälzen möchte.

## Der Rechtskurs in Oesterreich bleibt

SPD Wien, 23. Juni.

Am Dienstag hat sich die Regierung Buresch dem Nationalrat vorgestellt.

Der Bundeskanzler erklärte, daß sein Kabinett die von der früheren Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen grundsätzlich weiter verfolgen, aber gewisse Änderungen vorschlagen werde. In der Außenpolitik würden die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten und die guten Beziehungen zu den großen Mächten aufrechterhalten werden. Der wertvollste Bestandteil der Außenpolitik sei aber die alte Freundschaft mit dem Deutschen Reich. Bezüglich der Zollunion halte es die Regierung nicht für angebracht, sich vor der Entscheidung des Haager Gerichtshofes zu präjudizieren.

Im Namen der Sozialdemokratie erklärte Abgeordneter Danneberg, die Lehre der letzten Kabinetskrise sei, daß auf die Dauer ein Regime gegen die Arbeiter nicht möglich sei. Die Sozialdemokraten würden sich nicht als Aushängeschild für eine konfusen bürgerliche Politik hergeben. Die Arbeitslosenversicherung müsse aufrechterhalten bleiben und auch die Krisenfürsorge dürfe nicht unterhöht werden.

## Reaktion in Danzig

Pressefellebelung und Ermächtigungsgesetz

MTB Danzig, 23. Juni.

Der Volkstag nahm in namentlicher Schlussabstimmung mit 20 Stimmen der Nationalsozialisten und bürgerlichen Parteien gegen 23 Stimmen der Linksparteien und Polen unter dem Titel „Gesetz zur Sicherung der öffentlichen Ordnung einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Pressegesetzes an, nach dem Tageszeitungen und andere periodische Druckschriften bis zur Dauer von einem Jahr verboten werden können, wenn sie sich grober Beschimpfungen gegen die Staatseinrichtungen oder der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten schuldig machen. Die Verleger solcher verbotenen Druckschriften werden mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft; ferner wird mit Gefängnis bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung die verfassungsmäßig festgestellte Staatsform der Freien Stadt Danzig beschimpft oder böswillig und mit Ueberlegung verächtlich macht oder herabwürdigt, oder die Regierung oder ein Mitglied der Regierung beschimpft oder verleumdet, und wer in der Absicht, Staatseinrichtungen, Gesetze, Verordnungen oder Anordnungen der Behörde verächtlich zu machen, eine Behauptung öffentlich aufstellt oder verbreitet, die nicht erweisbar wahr ist. Der Teil der Regierungsvorlage, der bestimmte, daß Abgeordnete nicht verantwortliche Redakteure sein dürfen, war vom Rechtsausschuss gestrichen worden.

Vor Beginn der Aussprache protestierte die sozialdemokratische Fraktion gegen das Gesetz, weil es den Zweck habe, diktatorische Tendenzen staatsfeindlicher Kreise Vorschub zu leisten und die freien Meinungsäußerung der Opposition zu unterdrücken. Die Arbeiterklasse, so erklärte der Sprecher der sozialdemokratischen Partei, werde sich das Recht der freien Meinungsäußerung nicht nehmen lassen und trotz dieses nur gegen sie gerichteten Ausnahmegesetzes ihren Grundsätzen gemäß den Kampf für die Volksrechte und Volksfreiheit auch weiterhin mit aller Entschiedenheit führen.

Wie wir berichtet haben, hat der reaktionäre Senat inzwischen schon wieder zu einem neuen Schlag gegen die Arbeiterklasse aus. Er plant ein Ermächtigungsgesetz, das schwerste Gefahren für die Demokratie und die Volksherrschaft in sich birgt. Das Ermächtigungsgesetz hat folgenden Wortlaut:

1. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wird der Senat ermächtigt, folgende Maßnahmen, denen der Volkstag hiermit zustimmt, zu treffen und für Zwickerhandlungen hergegen Gefängnisstrafen und Geldstrafen bis zu 3000 Gulden oder eine dieser Strafe anzubringen:
1. Änderung des Reichsvereinsgesetzes im Rahmen der Artikel 84 und 85 der Danziger Verfassung.
2. Festlegung des Rechtes zur Führung und zum Besitz von Schuss-, Hieb- und Stichwaffen und Munition und zum Handel hiermit sowie Festlegung des Begriffs der vorbestimmten Sachen.
3. Änderung des § 8 Satz 2 des preußischen Gesetzes zum Schutz der persönlichen Freiheit vom 12. Februar 1850 mit der Einschränkung, daß eine Festhaltung nicht über den Zeitraum von drei Wochen ausgedehnt und innerhalb dreier Monate nicht wiederholt werden darf, und daß dem Festgehaltenen ein Beschwerdeweg offensteht muß.
4. Weitere Maßnahmen zur Erreichung des oben-

Selbst Nurmi könnte es mit seinem Training nicht ernster nehmen, als wir es mit den Vorbereitungen zum Gelingen der sechs Sport-Tage getan haben! Um neue Preis-Rekorde zu erzielen, haben wir unsere ganze Kraft eingesetzt, die wir durch den Barverkauf und Bareinkauf besitzen!

# Sechs Sport-Tage

Alles, was die moderne Zeit an Sportkleidung verlangt, bringen wir jetzt in einer Auswahl, die selbst in einem großen Spezial-Geschäft wie dem unsrigen ganz außergewöhnlich ist. „Rekord-Auswahl“ das ist die richtige Bezeichnung für die vollen Läger guter flotter Sportkleidung!



### Unsere Rekord-Preise:

- Ledergürtel..... von 1.50 an
- Sportstrümpfe..... von 1.95 an
- Sport-Mützen..... von 2.25 an
- Klub-Mützen..... von 4.25 an
- Pullover..... von 4.75 an
- Sport-Hemden..... von 4.25 an
- Lüster-Jacken..... von 4.75 an
- Wasch-Jacken..... von 4.75 an
- Segler-Hosen..... von 4.75 an
- Knickerbocker..... von 7.50 an

### Unsere Rekord-Preise:

- Leinen-Jacken..... von 7.50 an
- Flanell-Hosen..... von 9.— an
- Velveton-Hosen..... von 9.— an
- Breeches..... von 9.— an
- Wind-Jacken..... von 11.— an
- Sport-Joppen..... von 12.— an
- Trenchcoats..... von 18.— an
- Loden-Mäntel..... von 21.— an
- Sport-Sakkos..... von 21.— an
- Sport-Anzüge..... von 28.— an

Nur sechs Tage vom 24.-30. Juni dauert diese Sonder-Veranstaltung!

Unsere Schaufenster sind jetzt ausschließlich dem Sport gewidmet!

# BAMBERGER & HERTZ

Die zuverlässigen Kleiderfachleute



gezeichneten Zweckes, die im Rahmen der Danziger Verfassung liegen.

§ 2. Die erlassenen Verordnungen sind dem Volkstag unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind aufzuheben, wenn und soweit der Volkstag dies verlangt.

Zu diesem neuen reaktionären Anschlag schreibt die sozialdemokratische „Danziger Volkstimme“: „Bei dem heute im Freistaat waltenden Regime ist durch die Annahme dieses Gesetzes das Schlimmste zu befürchten.“

Danzig ist ein demokratischer Staat, so will es die Verfassung und so will es das Volk. Ein halbes Jahr aber hat dazu genügt, um einer kleinen Gruppe von Reaktionären und Volksfeinden die Macht zu geben, diese Demokratie zu verfälschen und zu zerstören.

Die Hamburger Bürgerhaftwahlen sind vom Senat auf Sonntag, den 27. September, festgesetzt worden.

Erklärung des Reichsbanners

SPD, Magdeburg, 23. Juni.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners teilt mit: „Im Anschluß an radikal-pazifistische Enthüllungen vom Sommer 1930 über den Bezug fremdländischer (französischer) Gelder durch das Reichsbanner macht eine Mitteilung des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes zum gleichen Thema gegenwärtig die Kunde durch die deutsche Rechtsprelle. Hiernach soll Professor Dr. Friedrich Wilhelm Förster eidlich angegeben haben, daß 1924 nach seiner Kenntnis 30 000 Frank für die Wahlpropaganda des Reichsbanners gegen die Wahl des heutigen Reichspräsidenten gegeben worden seien.“

Spaltung einer Nazi-Gruppe

In Darmstadt haben sich die Nationalsozialisten gespalten. Ein Führer der Sturmabteilung hat mit 45 Gefolgsgefolgten eine Ortsgruppe der Stennes-Richtung gebildet.

Die Salentkrenz-West

SPD Wien, 23. Juni.

Der Verfassungsgeschichtshof hat am Dienstag die vom Rektor der Wiener Universität erlassene Studentenordnung, die auf den Grundgedanken der salentkrenzlerischen Rassenlehre basiert, als verfassungswidrig aufgehoben.

50 Jahre weltliche Schule

In der Großen Pariser Oper fand am Sonnabend in Anwesenheit des Präsidenten der Republik anlässlich des 50jährigen Bestehens der weltlichen Schule in Frankreich und des 100jährigen Geburtstages ihres Gründers, Jules Ferry, ein Festakt statt.

Verantwortlich für den reaktionären Teil: Kurt Günther in Leipzig. Gesamtverantwortlich für den Internationalen: Hugo Seibert in Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchverlag „Kulturverlag“, Leipzig.

Volkshaus Leipzig

Spezialgericht: Heute: Schlachtfest Sauerländer Schweinegulasch 1,10 Hammelrücken Westmorland 1,25 Kalbshaxe mit Kartoffelsalat 1,50 Hausgericht: Tagessuppe und Schweinefleisch mit Möhrerensauce 90. Morgen: Gemischte Nieren, pikant geschmort 1,20 Ein kleines Eisbein mit Sauerkraut 1,00 Huhn mit Bräunel im Kessel 1,00 Hausgericht: Leichter Sagesuppe und Rindfleisch mit jungen grünen Bohnen 90.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Neues Theater.

Mittwoch, den 24. Juni 1931, 18 1/2 Uhr. 108. Antritts-Vorstellung (i. Folge, grün). Die Weisklinger von Nürnberg. In 3 Aufzügen von Richard Wagner. Musikalische Leitung: Edgar Strauss. Bühnenleitung: Hans Woch. Personen: Weisklinger: Hans Woch, Schuster (Walter Zimmer), Weisklinger: Hans Woch, Schuster (Walter Zimmer), Weisklinger: Hans Woch, Schuster (Walter Zimmer)...

Schauspielhaus.

Mittwoch, den 24. Juni 1931, 20 Uhr. I. Caramba... Operette mit Soubretten von Minus Seca und Vera Hornbaker. Für die deutsche Bühne hergearbeitet von Herbert Gerdes und Theo Dalton. Musik von Hans Heinrich Brandmann. Regie: Otto Herberich. Musikalische Leitung: Hans Sommer. Personen: Marcellino Carabba (O. Stöckel), Paula, seine Frau (Annamarie de Bruha), Nicotina, deren Tochter (Vera Hornbaker), Roberto, deren Liebhaber (H. Schaffhausen), Bianca, Tochter eines Aristokraten (W. Schaffhausen), Coco (H. Schaffhausen), Dolores, Marcellino's Schwester (H. Schaffhausen), Estrella (H. Schaffhausen), Nela (H. Schaffhausen), Marianna, ein heimlicher Liebes (H. Schaffhausen), Trinitaria, Autorsdirektor (H. Schaffhausen), Voltaire (H. Schaffhausen)...

Ab morgen Donnerstag Teil-Ausverkauf wegen vollständiger Aufgabe der Kinder-Konfektion sowie des Artikels Bade-Mäntel. Die Preise für sämtliche Kinder-Kleider und -Mäntel sowie Bade-Mäntel, Artikel, die wir nicht mehr weiter führen werden, sind unter dem Gesichtspunkte festgesetzt, daß die in Frage kommenden Warenbestände in kürzester Zeit bis auf das letzte Stück geräumt sein sollen. Sprechende Beweise dafür finden Sie im 1. Schaufenster der Grimmaischen Str. vor M. Schneider Nachf. Grimmaische Straße Ecke Reichsstraße

Diverses

Die Beleidigung gegen R. Rapp und W. Bertram nehme ich hiermit zurück. R. Federmann.

Wählen Sie unter den modernen Modellen, die wir Ihnen zeigen, die Modart für Ihren H.W.-Anzug für 29,- oder 39,-. H. Weigler Jakobstraße 6.

Frack, Gehrock, Smok, Anzüge u. Hüte vert. Belau, Zeitzer Str. 3 Eingang Albertstr. 29a

Gute Reflame in der Leipziger Volksgelung brinat. Gute Geschäfte

Altes Theater.

Mittwoch, den 24. Juni 1931, 20 Uhr. Operetten-Festspiele unter Leitung von Direktor Wilfa Pröger. Victoria und ihr Husar. Operette in drei Akten und einem Vorspiel aus dem Ungarischen des Emmerich Kálmán von Wilfa Pröger und Dr. Fritz Löhner-Heda. Musik von Franz Lehár. In Szene gesetzt von Direktor Wilfa Pröger. Musikalische Leitung: Anton Pauli. Victoria-Orchester. Personen: John Sunlight, amerikanischer Gesandter (Walter Zimmermann), Victoria, seine Frau (Hilja Georg), Graf Herrh Hagedus auf Dorogina, Viktorias Bruder (Hilja Georg), O. La San, Herrs Braut (Hilja Georg), Riquette, Kammerfrau Viktorias (Hilja Georg), Stefan, Viktorias Diener (Hilja Georg), Viktorias Bruder (Hilja Georg), Viktorias Diener (Hilja Georg), Viktorias Diener (Hilja Georg), Viktorias Diener (Hilja Georg)...

Neues Operettentheater

Telephon 22484. Dir. Dr. Eckert. Heute 8 Uhr: Beschlusene Vorstellung. Der Zarewitsch mit Herman Wolder in der Titelrolle. Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr zu ganz kleinen Preisen zum 153. Male Sondernovestellung „Das Land des Lächelns“ mit Herman Wolder. Vorverkauf von 10-1 1/2 Uhr und ab 6 Uhr.

Hotel Elstertal. Täglich abends 8 Uhr. Konzert und Tanz im Freien. Herbert Hartwicht mit seinen Prominenten. Mittwoch, 8 Uhr. Zum Tanz. Sonntag, 6 Uhr. Strobenhofen 1, 6, 8, Autobus. - Fernruf 40345

Verbringen Sie Ihren Urlaub an Bord unserer Dampfer! Sie werden sich gut erholen! In Verpflegung bei mäßigen Preisen. Lösen Sie Ferienkarten! Beachten Sie hierüber unser nächstes Inserat Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrt Aktiengesellschaft

GEG-Kakao. Schwach erlöst, garantiert rein. Ist ein beliebtes Familiengetränk. Gold 1/4-Pfund-Paket 0.50, Blau 1/4-Pfund-Paket 0.40, Blau 1/2-Pfund-Paket 0.80, Braun 1/4-Pfund-Paket 0.30, GEG-Roschokolade 1/4-Pfund-Paket 0.30, GEG-Kakao, lose 1-Pfund 0.76. Konsumverein Leipzig, Magd. und Umgegend - E. G. m. b. H. Abgabe nur an Mitglieder / Bitte grüne Aufweisarten mitbringen

Palmengarten. Morgen Donnerstag bei günstiger Witterung. Große Parkkonzerte. Abends ab 8 Uhr Gesellschafts-Ball im großen Festsaal. Der herrliche Rosengarten in voller Blüte.

Bad Elster Preisabbau Pauschalkuren. Prospekt, Nr. 114 und Pauschalkuren von RM. 240.- an durch Badedirektion u. Maßamt-Verkehrsbüro



# Der Justizetat vor dem Landtag

## Sozialdemokratische Landtagsfraktion fordert Jugendchutz

Im sächsischen Landtage berichtete in der Sitzung am Dienstag Genosse Wehle über das wichtigste Haushaltskapitel:

### Landesfürsorgeverband und Wohlfahrtspflege

Dazu lag u. a. ein sozialdemokratischer Antrag vor, der fordert, im außerordentlichen Haushaltsplan als neuen Titel 700 000 Mark als Sonderzuschuß und als Darlehen für Einrichtungen und Körperschaften der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege, der Jugendpflege und Selbsthilfen treibenden Verbände einzusetzen.

Genosse Kauch begründete folgenden sozialdemokratischen Antrag:

Die Regierung möge für nachstehende Forderungen energisch eintreten:

1. Grundsätzliche Ausdehnung der Schutzbestimmungen für die Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Angehörigen auf das Alter vom 14. bis zum vollendeten 18. Lebensjahre und auf Lehrlinge über 18 Jahre;
2. Verbot der gewerblichen Kinderarbeit;
3. drei Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge unter 18 Jahren) und zwei Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche zwischen 18 und 18 Jahren;
4. Festsetzung einer Arbeitswoche von höchstens 42 Stunden (einschließlich des Schulunterrichts und der Zeit, die für die Aufräumungsarbeiten beansprucht werden könnte); Begrenzung der durch die Schulzeit ausfallenden Stunden;
5. Beginn der sonntäglichen Arbeitsruhe am Sonnabendmittag;
6. Festsetzung ausreichender Arbeitspausen und Vereinfachung der entsprechenden rechtlichen Vorschriften;
7. Verbot der Nachtarbeit. Verschärfung der bestehenden einschneidenden Vorschriften über Sonntagsarbeit für Jugendliche in solchen Gewerben, denen durch Gesetz und Verordnungen Ausnahmen zugelassen sind;
8. Verabschiedung eines Berufsausbildungsgesetzes, das den Anforderungen der Gewerkschaften gerecht wird;
9. Aufhebung aller Bestimmungen der Gewerbeordnung, die mit dem Artikel 158 der Reichsverfassung in Widerspruch stehen;
10. Durchführung dieser Forderungen bei allen Staatsbetrieben, Behörden und sonstigen Anstalten;
11. Einwirkung auf die Wirtschaftsgesellschaft Sächsische Werke, in ihren Betrieben ebenfalls diese Forderungen zu erfüllen, ebenso Einwirkung im gleichen Sinne auf alle Betriebe, die als Lieferanten für Staat und Gemeinden und gemischt-wirtschaftliche Betriebe in Frage kommen;
12. die Schaffung und den Ausbau von Jugendberufshilfen mit ausreichenden Staatsmitteln zu fördern;
13. Jugendferien-, Erholungs- und Wanderheime sowie Jugendherbergen zu fördern, insbesondere solche schon bestehenden Einrichtungen, deren Träger selbst wesentliche Mittel für diese Zwecke aufwenden;
14. den weiteren Ausbau der Jugendherbergen energisch zu fördern;
15. die Schulzeit für Fachschulen und alle anderen Berufsschulen in die Arbeitszeit zu verlegen;
16. Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen auszuscheiden;
17. auf die Gemeinden im Sinne obiger Forderungen einzuzwirken und sie zu Erstellung von Jugendheimen, Jugendheimen, Schwimmhallen und Bädern zu verpflichten, sowie diesen Gemeinden für diese Zwecke weitestgehende finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Innenminister Dr. Richter ersuchte, den sozialdemokratischen Antrag die Jugend betreffend dem Ausschuss zu überweisen, im übrigen könne die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit keinesfalls landesgesetzlich erledigt werden.

Finanzminister Dr. Heideich äußerte, daß für die verstärkte Förderung von Rotkassensarbeiten insgesamt 11 450 000 Mark eingestellt wurden. Hinsichtlich des Baues der Talsperre im Müglitz- und Gottliebental schwebten noch Verhandlungen. Zur Finanzierung dieses Projektes sei ein Zuschuß von mindestens zehn Millionen Mark aus Reichsmitteln notwendig.

Nachdem u. a. die Genossen Kuhn und Wehle längere Ausführungen zu diesem Kapitel gemacht hatten, wurden die vom Ausschuss beantragten Höherziehungen beim Fürsorge- und Wohlfahrts- etat mit den Stimmen der Linken und der Nationalsozialisten angenommen. Auch die übrigen Ausschußbeschlüsse fanden Zustimmung, während alle Minderheitsanträge, auch der sozialdemokratische, der die Einsetzung von 700 000 Mark für die Einrichtung der Wohl-

fahrts- und Jugendpflege forderte, abgelehnt wurden. Alle anderen Parteien einschließlich der Kommunisten und Nationalsozialisten stimmten gegen diesen Antrag. Der sozialdemokratische, vom Genossen Kauch begründete Antrag wurde dem Haushaltsausschuß A zur Weiterberatung überwiesen.

### Die Justiz am Branger

Hierauf wurde nach dem Haushaltskapitel der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Gefängnisanstalten behandelt.

Der Haushaltsausschuß beantragt, a) dafür zu sorgen, daß die Arbeitszeit der Gefangenen sieben Stunden täglich nicht übersteigt, b) sich dafür einzusetzen, daß von dem Plane der Rundfunkübertragung von Gerichtsverhandlungen abgesehen, § 20 der Verordnung über den bedingten Ausschub der Strafvollstreckung aufgehoben wird und die Staatsanwaltschaften werden ersucht, bei Vollstreckung von Geldstrafen mit Rücksicht auf die allgemeine Notlage dafür einzutreten, daß in weitgehendem Maße Stenbung und Teilzahlungen bewilligt werden.

Die Kommunisten haben hierzu zahlreiche Minderheitsanträge eingebracht, weiter einen Antrag auf Vorlegung eines Amnestiegesetzes für Strafverurteilte aller politischen Beteiligte, aller Verurteilten gegen § 218 und 219 und aller aus Not begangenen Eigentumsvergehen.

Justizminister Dr. Mannfeld hält an der bisherigen Auffassung des Justizministeriums fest, daß von Erlass von Landesamnestien grundsätzlich abzuziehen ist. Die sächsische Regierung muß es auch ablehnen, in irgendeiner Weise im Sinne der Antragsteller dahin zu wirken, daß jede Verurteilung strafflos bleiben soll. Eine solche Begünstigung der Verurteilten würde Folgen für den Gesundheitszustand der Bevölkerung und für den Willen zur Volkserhaltung auslösen, an denen sich eine verantwortungsbewusste Regierung nicht mitschuldig machen kann. Zu diesem rechtspolitischen Bedenken kommt hinzu, daß infolge der Gnadenpreis ein besonderes Bedürfnis für eine Amnestie nicht anzuerkennen ist.

Im Gegensatz zum Minister befahte der Volksrechtler Dr. Wallner das Verleihen einer Vertrauenskrise zur Justiz.

Genosse Neu: Niemand kann im unklaren darüber sein, daß in der gegenwärtigen Zeit der Kampf zwischen Demokratie und Faschismus das öffentliche Leben beherrscht. In diesem Kampf der beiden Weltanschauungen bleibt die Justiz nicht unberührt. Man sollte nun meinen dürfen, daß der Justiz die Entscheidung darüber, auf welcher Seite sie sich in diesem Kampfe zu stellen hat, nicht schwer fallen kann, nämlich, daß sie sich auf die Seite der Demokratie zu stellen hat. Die Demokratie ist in der Verfassung verankert, und auf die Verfassung haben die Richter und höheren Beamten den Eid geleistet. Im Gegensatz zu Breiten, wo dies erfreulicherweise auch geschieht, glaubt aber die sächsische Regierung, zwischen diesen Polen durch

### 10 Tote bei einer Explosion in einer englischen Pulverfabrik

London, 23. Juni.

Am Dienstag ereignete sich in der Nitroglycerin-Abteilung der Marinepulverfabrik Holton Heath bei Poole, 70 Kilometer westlich von Portsmouth eine schwere Explosion. Bisher wurden 10 Tote und mindestens 10 Verwundete festgestellt.

London, 23. Juni.

Zu der Explosion in der Marinemunitionsfabrik in Holton Heath gibt die Admiralität nur bekannt, daß im ganzen 10 Personen getötet und 10 verwundet worden sind.

Durch die Entzündung des hochexplosiven rauchlosen Pulvers wurden alle Driftschichten in einem Umkreis von etwa 35 Kilometer stark erschüttert. Eine riesige Rauchwolke lag über der Unglücksstelle, die sofort für alle Zivilpersonen in einem weiten Umkreis abgesperrt wurde, da die Herstellung der Sprengstoffe geheimgehalten wird, so daß es sogar keiner jenen Feuerwehr, sondern nur den Beschäftigten des Werkes erlaubt war, das Feuer zu bekämpfen. Der Leiter des Werkes äußerte sich zu einem Vertreter der „Evening News“, daß die Explosion im Nitrierhaus entstanden sei und die angrenzenden Gebäude zerstört hätte. Nach der ersten Explosion sei ein Tauf mit Schwefelsäure in die Luft geflogen und die Säure sei in das Flammenmeer der ursprünglichen Explosion geflossen, so daß es wie ein Wunder erscheinen müsse, daß die Verluste an Menschenleben nicht noch größer gewesen seien.

Lavieren um eine Stellungnahme herumkommen zu können. So muß der Eindruck entstehen,

die sächsische Regierung hat Angst, gegen den Faschismus vorzugehen. Eine Neutralität, die da glaubt, zwischen den großen Gegensätzen hindurchzukommen, ist in Wirklichkeit keine Neutralität, sondern eine Begünstigung des Faschismus.

Was tut der Minister gegen den Faschismus? Ich erinnere an die Mitteilungen im Freiheitskampf über die Gründung eines Kampfbundes der Nazi-Juristenvereine. Wozu brauchen Juristen, die auf dem Boden der Verfassung stehen, wenn sie sich, wie sie sagen, mit Fragen der Gefangenbehandlung und des Strafvollzugs beschäftigen, ihre Tagung vor der Staatsregierung geheimzuhalten? Der Minister müßte doch beim Anführer dieser Nazi-Kampfbundorganisation, des Herrn von Maslowitz, anfragen, welche Zwecke der Kampfbund erfüllen soll, dies um so mehr, wenn man bedenkt, wie außerordentlich schnell und scharf der Minister in der Sache Ziel, eines angeblich links eingestellten Richters, vorgegangen ist. Wir fordern gleiche Behandlung von rechts und links. Der Leipziger Landgerichtsdirektor v. Maslowitz hat nach dem Bericht einer bürgerlichen Zeitung öffentlich für diese Umsturzpartei geworben. Wie der Freiheitskampf ausgeplaudert hat, sollen Betriebszettel von den Nationalsozialisten eingerichtet werden, um die republikanischen Richter und Beamten zu bespitzeln. Das schlimmste dabei ist, daß in diesen Nazi-Juristen neben den Staatsanwälten und Richtern auch wohl Unterbeamte aufgenommen werden, die dann zur Bespitzelung der Republikaner verwendet werden. Wenn aber das alles nicht gilt, so ist doch vom Minister zu verlangen, daß er sich wenigstens um diese Bewegung kümmert, weil durch diese Bewegung der juristische Nachwuchs verwildert. Man kann nicht jeden Tag schreien: Juda verrecke! und dabei glauben, daß dieses Geschrei auf die geistige Verfassung der jungen Mittläufer, der Referendare, nicht ohne Eindruck bleibt. Man muß dabei bedenken, daß es sich hierbei um die zukünftigen Strafrichter handelt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Konsequenzen kann sich jeder selber ausdenken. Wir lehnen die unterschiedliche Behandlung bei Waffenergehen und Landfriedensbruch ab.

Die Motive des Reichsbanners, die Republik zu schützen, werden niemals beachtet, während man die Nazis, die den Terror auf ihre Fahne geschrieben haben, unglaublich milde und nachsichtig behandelt.

Ich verweise auf das Großenhainer Urteil. Die Reichsbannerleute wurden verurteilt, die Nazis dagegen freigesprochen, obwohl sie es waren, die das Volksgesetz angegriffen haben. Ich erinnere weiter an den Fall Heßke in Lauen, wo die Verhandlungsführung sich sehr zugunsten des Naziführers Mutschmann ausgewirkt hat. Eine deswegen an das Justizministerium gerichtete Beschwerde ist bis heute meines Wissens nicht beantwortet worden. Auch in Zwickau wird über den politischen Staatsanwalt geflucht, der seinen Anlaß zum Einschreiten gegen den Bürgermeister von Hermsdorf fand, so daß der Mann seine Bürgermeistergeschäfte weiterführen und die Gemeinde schwer schädigen konnte. Herr v. Maslowitz, der volles Verständnis für die Angeklagten hat, wenn sie Nazis sind, stellt den größten Protest nach dem vom Reichsgericht aufgehobenen Urteile. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Auch die Ziviljustiz scheint auf dem rechten Auge nicht mehr ganz klar zu sehen. So hat die 14. Zivilkammer des Landgerichts Leipzig, die Ortsgruppe Leipzig der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei als Kläger zugelassen obwohl politischen Parteien nach rändiger Rechtsprechung die Aktivlegitimation abgeht. Wenn der Minister mit dem Einwande der Unabhängigkeit der Richter kommt, in die er nicht eingreifen dürfe, so ist ihm entgegenzuhalten, daß es seine Pflicht ist, durch eine geeignete Veronalpolitik eine wirklich gute Justiz zu halten. Ich habe auf dem Tisch des Hauses das Flugblatt des Republikanischen Richterbundes niedergelegt. Es ist völlig neutral gehalten und sollte von allen Behördenvorständen in Umlauf gesetzt werden. Nur eine Behörde hat justizgemäß geantwortet, das Gros der Behördenvorstände hat überhaupt nicht geantwortet, und dazu gehört auch das Justizministerium. Wir sind im höchsten Grade mit der Politik des Justizministers unzufrieden und haben kein Vertrauen zu der gegenwärtigen Leitung des Justizministeriums. (Stapel bei den Soz.)

Abg. Dr. Kaffner (Staatsop.) vertritt die Meinung, daß die Beziehungen zwischen den Gerichten und der Staatsanwaltschaft auf der einen und der Presse auf der anderen Seite noch sehr verbesserungsbedürftig seien. Daß bei der Beförderung der Justizbeamten in Sachen nicht mit der erforderlichen Objektivität verfahren, sondern daß die Rechte bevorzugt werde, lasse sich nicht von der Hand weisen. Eine Generalamnestie lehnten seine Freunde ab, sie wünschen jedoch eine weitgehende Ausübung der Gnadenparis.

Abg. Dr. Bünger (D. Sp.) vertritt die Auffassung, daß der kommunistische Amnestieantrag in unzulässiger Weise in die Reichsgesetzgebung eingreife. Der Weg der Einzelbegnadigungen verdiene entschiedenen Vorzug. Er behauptet, die Justiz sei intakt geblieben, und erklärt, daß man darauf stolz sein könne.

Die Abstimmungen erfolgen in der nächsten Sitzung am 25. Juni.



Ihren Lebensstandard zu verbessern. Zwar sind die Preise mancher Waren noch nicht auf dem Stand, auf den sie gehn hören. Auf dem Zigarrenmarkt aber haben wir hervorragende Qualität auf den billigsten Preis gesetzt. Wenn Sie heute unsere reinen Übersee-Zigarren für 10 Pfg. kaufen können und trotzdem mehr ausgeben, gehören Sie zur Klasse der Verschwender. Alle anderen aber rauchen:

**KRENTER INDIANER 10**  
Rein Übersee-Zigarre und doch nur 10 Pfg.

Das Stammal ist kein Lucus sondern erhält das Aroma.



# Reichs-Landbund gegen Gewerkschaften Für teure Lebensmittel — Gegen die Sozialpolitik

Das neue Heft der Wochenzeitschrift des Reichs-Landbundes ist eine einzige Kampfansage gegen die Gewerkschaften. Alle „Schandtat“ der Brüning-Regierung werden auf gewerkschaftlichen Einfluß zurückgeführt, die erneute Kriegserklärung an das Reichs-Kabinett gilt somit auch den Gewerkschaften. Die Kriegserklärung ist diesmal besonders scharf: „Der Reichs-Landbund ist der Überzeugung, daß die Forderung des deutschen Volkes aus unerträglicher Not ungehört in die Hände anderer, entschlossener und zur rettenden Tat bereiter Männer gelegt werden muß.“ Ergänzend folgt der Leitartikel der Zeitschrift diesem Schlusssatz einer vom Vertretertag des Reichs-Landbundes natürlich einstimmig angenommenen Entschließung hinzu:

Die notwendigen haars- und wirtschaftspolitischen Reformen können nur im Kampf gegen die Sozialdemokratie durchgeführt werden.

Hier wird die Sozialdemokratie genannt, aber man meint nicht weniger die freien Gewerkschaften. Der Graf Raacke behauptet, die Reichsregierung sei im Begriff, den Schutz der Getreidewirtschaft in einer Weise zu durchlöchern, daß die neue Ernte ernsthaft gefährdet werde. Die Getreidekörner würden durch die verschiedenartigen Eingriffe der öffentlichen Hand unter dem Druck der Gewerkschaften in ihrer Wirkung immer stärker abgeschwächt. Nach dem Wortlaut der erwähnten Entschließung steht der Reichs-Landbund „in diesen Handlungen die verheerendste Erfüllung der von dem Reichskanzler den Gewerkschaften gegebenen Zusage, die Preise herabzudrücken.“ In Wirklichkeit kann aber von einer solchen „Erfüllung“ nicht geredet werden. Die Regierung Brüning hat zum Beispiel bisher nicht der ihr vom Reichstag auferlegten Pflicht genügt, den Brotpreis vorzubeugen und unter einer bestimmten Höhe zu halten. Die eigentümliche Verkaufsförderung des betreffenden Reichstagsbeschlusses hat der Regierung genügend Ausflüchte gelassen, von wirklich entscheidenden Maßnahmen Abstand zu nehmen. Vom Oktober 1930 bis zum März 1931 war der Preis für Roggen-, Weizen-, Misch- und Schwarzbrot im gewogenen Durchschnitt von 72 Gemeinden von 85,7 auf 90,4 Prozent des Durchschnitts von 1925/29 zurückgegangen. Die Regierung sollte verhindern, daß der Durchschnittspreis dieser sechs Monate überschritten würde. Tatsächlich stellte sich aber der Preis im April auf 90,9

und im Mai auf 93,5 gegenüber 91,3 im Durchschnitt der Monate Oktober 1930 bis März 1931.

Seitdem ist die Gefahr neuer Brotpreissteigerungen akut geworden. Der Roggenpreis, der an der Berliner Börse am 10. Juni 1931 196 Mark pro Tonne war, ist bis zum 22. Juni auf 211 Mark gestiegen. Auch das Getreide in den Landblündern noch nicht. Der Landbundspräsident Lind kündigt an, daß der Reichs-Landbund in der nächsten Zeit der Reichsregierung einen eingehenden Plan zur rentablen Verwertung der nächsten Getreideernte unterbreiten werde. Diese „rentable Verwertung“ soll natürlich rentabel im Sinne der Getreideproduzenten sein.

Teureres Brot heißt die Konsequenz solcher Rentabilität für die Konsumenten!

Aber mit viel mehr Nachdruck wendet sich der Reichs-Landbund doch noch gegen die Sozialpolitik. Die Entschließung behauptet: „In noch stärkerem Maße ist die Reichsregierung dem Druck der Gewerkschaften auf sozialpolitischem Gebiet bis in die letzte Notverordnung hinein gefolgt.“ Es wird einem komisch, wenn man das liest. Denn gerade gegen diese Notverordnung erheben die Gewerkschaften die schwersten Vorwürfe. Wie reaktionär muß die Einstellung der Landblünder sein, wenn sie in der gegen die Aufhebung der Gewerkschaften gerichteten Notverordnung noch den „Druck der Gewerkschaften“ wirksam sehen! Tatsächlich ist denn auch die Bösartigkeit des Reichs-Landbundes gegen die Sozialpolitik nicht mehr zu überbieten. Diese Bösartigkeit kommt schon darin zum Ausdruck, daß

die „Tributpolitik“ mit der Sozialpolitik in einem Atemzuge genannt wird; die Notverordnung solle „dazu dienen, den bisherigen unhaltbaren Zustand der Tributpolitik und falls aufzubauen Sozialpolitik künstlich am Leben zu erhalten.“ Die Bestimmungen der Notverordnung legen dem deutschen Volke die bösen Folgen für den Zeitraum seiner Führung auf und versuchen, wiederum auf dem Wege dem deutschen Volke den Blick und die Erkenntnis für die Notwendigkeiten zu verschleiern.

Die Notwendigkeiten: Das unmittelbar hinter der Tributpolitik stehende Hauptproblem der gegenwärtigen Wirtschaftslage, die Arbeitslosigkeit, kann nur erfolgreich gelöst werden, wenn die Freiheit des Arbeitsmarktes hergestellt wird. Der Reichs-Landbund spricht von der „Furcht der Regierung, dieses Grundproblem anzupacken“. Man habe „auf Teilgebieten Vorkämpfer in der Preisbildung der Produkte vorgezogen, während man auch jetzt noch nicht wagt, an die unerlässliche

Voderung der Preisbildung der Arbeitskraft entscheidend heranzutreten.“ Man braucht die Bedeutung dieser Kritik nicht besonders zu kennzeichnen, sie richtet sich vollkommen klar gegen die Tarifverträge. Und „Freiheit des Arbeitsmarktes“ heißt nichts anderes als: Freiheit für grenzenlosen Lohndruck!

Diese aber sollte die Beseitigung der Arbeitslosenversicherung voraus. Die wird denn auch gefordert. Gegen die Arbeitslosenversicherung wird eingewandt: „An dem verkehrten System der Arbeitslosenversicherung ist nichts geändert worden.“ Das ist jedoch angeblich unerlässlich: „Unsere Arbeitslosenversicherung ist tatsächlich nur dem Namen nach eine Versicherung, in Wirklichkeit eine Fürsorge. Für jede Fürsorge dürfen aber nur die allgemeinen Fürsorgegrundsätze maßgebend sein.“ Das ist deutlich! Und dann folgen die Vorwürfe nur so. Die Reichsregierung für Arbeitslosenversicherung in den Kreisen der Unternehmer haben sich gehütet, Arbeiter und Unternehmer „in großem Umfang“ als Betrüger und Schwindler zu bezeichnen. Den Agrariern ist es überlassen geblieben, so hemmungslos Verleumdungen auszusprechen. Damit sind nun aber auch

„Unsere gegenwärtige Arbeitslosenversicherung schafft vielsach künstlich eine oft nur scheinbare Arbeitslosigkeit.“

Ja, es wird sogar behauptet, daß die Arbeitslosenversicherung „in Verbindung mit der Startheit des Tarifsystems“ dazu führe, „daß in großem Umfang Arbeitnehmer nicht als Arbeitnehmer angemeldet werden, sondern ihre Unterstützung weiter beziehen und von ihrem Arbeitgeber zum Steuern bezahlen“ während sie dafür nicht den vollen Tariflohn erhalten.“ In großem Umfang soll das geschehen! Das hat bisher noch niemand zu behaupten gewagt. Die schlimmsten Gegner der Arbeitslosenversicherung in den Kreisen der Unternehmer haben sich gehütet, Arbeiter und Unternehmer „in großem Umfang“ als Betrüger und Schwindler zu bezeichnen. Den Agrariern ist es überlassen geblieben, so hemmungslos Verleumdungen auszusprechen. Damit sind nun aber auch

die Agrarier als die schlimmsten Feinde der Sozialpolitik entlarvt.

## Kundgebung gegen Voderung des Nachtbrotverbots

Uns wird geschrieben: Der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Ortsgruppe Leipzig, veranstaltete am Sonntag, dem 21. Juni, im Lehrervereinshaus, Kramerstraße 4, eine öffentliche Kundgebung gegen die Wiedereinführung der Nacht- und Sonntagsarbeit in den Großbäckereien.

Die Notverordnung vom 5. Juni 1931 ermächtigt den Reichsarbeitsminister, in Städten über 100 000 Einwohner in Großbäckereien, die einen Dreischichtenbetrieb einrichten können, die Nachtarbeit und damit auch die Sonntagsarbeit einzuführen. Städte unter 100 000 Einwohner können unter besonderen Umständen solchen über 100 000 gleichgestellt werden. Der Referent, Kollege Dreise, führte in seinem Vortrag aus, daß wenn man in diesen Betrieben und Städten die Nachtarbeit einführt, die große Gefahr

# Freigewerkschaftliche Tagungen

## Der Hamburger Verbandstag des Einheitsverbandes

SPD Der Hamburger Verbandstag des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands ist, wie das bisherige Verhandlungsbild ergibt, getragen von einem starken Gefühl der Zuversicht und Geschlossenheit. Sein Auftakt und die ersten beiden Verhandlungen verliefen wichtig und wirkungsvoll.

Der Kassenbericht, den der Hauptkassierer Hölzer erstattete, bietet im wesentlichen folgende Tatsachen: Im Jahre 1928 betrug die Einnahmen 6 532 000 M., die Ausgaben 5 879 718 M.; das Vermögen belief sich auf 3 083 207 M. Im Jahre 1930 betrug die Einnahmen 8 321 130 M., die Ausgaben 7 162 620 M. Das Vermögen erhöhte sich auf 5 678 459 M. Die Unterstützung bei Krankheit steht mit 1 021 539 M. an erster Stelle. Auch die Eisenbahner hat die Arbeitslosigkeit heimgesucht. So sind im Jahre 1928 rund 191 000 M., im Jahre 1930 dagegen bereits 613 000 M. an Arbeitslosenunterstützung ausgegeben worden. Die furchtbare Krise brachte in diesem Jahre einen Rückgang der Einnahmen. Sie sanken im ersten Quartal im Vergleich zum Vorjahr um 188 000 M. Dagegen sind die Ausgaben um 115 000 M. im gleichen Zeitraum gestiegen.

Wieber (Kassel) erstattete den Revisionsbericht. Alle Beschwerden gegen Ausschüsse wegen Aufstellung auf gegnerischen Betriebsratswahlen sind zurückgewiesen worden. — Wichmann (Berlin) gab den Bericht der Schriftleitung. Wichmann (Berlin) feststellte, daß sich die Verbandszeitung bei den Reichstagswahlen für die einzige Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, mit besonderer Energie eingesetzt habe, wurde mit starkem Beifall aufgenommen. — Das Andenken des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Böd wurde vom Vorsitzenden durch ein Wort der Trauer und des Gedenkens gebührend gelehrt.

Schulz (Berlin) beleuchtete die Haltung der Beamtenzeitung des Verbandes. Er bedauerte, daß in anderen Beamtenzeitungen bei der Reichstagswahl keine klare Stellungnahme für die Interessen der Arbeiter und kleinen Beamten genommen worden sei. Jeder Beamte, der die Zeichen der Zeit verfolge, organisiere sich freigewerkschaftlich.

Zur Reparationsfrage nahm der Verbandstag nach einer kurzen Erklärung des Vorsitzenden Scheffel ohne Aussprache einstimmig eine Entschließung an.

Die Aussprache über den Geschäftsbericht brachte eine Fülle von Anregungen und sehr reichen Stimmungsbildern aus dem Reiche. Die Geschäftlichen, Arbeitszeiterfassung, Notverordnung, Zerkürungswort der Kommunisten — alles das wurde in der Aussprache behandelt. Auch Gramann, der Vorsitzende des ADGB beteiligte sich an der Debatte. Er gab vor allem einige Ausführungen zur Notverordnung. Dem Kanzler sei ganz unabweisbar erklärt worden, daß die Gewerkschaften diese Notverordnung nicht ertragen können. Allerdings schaffe die stärkste Verurteilung der Notverordnung das große Defizit im Reichshaushalt nicht aus der Welt. Der Notverordnung müßten die Gültigkeit ausgedehnt werden und jeder könne und solle nur nach Leistungsfähigkeit beitragen zur Aufbringung der notwendigen Mittel.

Breunig vom Verbandsvorstand gab einen kurzen Überblick über die letzten Betriebsratswahlen. Das Totalergebnis an den örtlichen Stellen sei günstig; dort, wo die unmittelbare Verantwortung zu tragen und Arbeit zu leisten sei, hätten die Maulhelden von der RGO verlagert.

## Sagung der graphischen Hilfsarbeiter

Der Verbandstag der graphischen Hilfsarbeiter wurde Sonntag mittig in Stuttgart durch den Vorsitzenden des Verbandes, Kollege Pucher, eröffnet. Als Vorsitzende des Verbandstages wurden gewählt Pucher (Berlin), Hornke (Berlin) und Werner (Stuttgart).

### Der Geschäftsbericht des Vorstandes

wurde vom Verbandsvorsitzenden Pucher erstattet. Der Verband ist jetzt an einem Punkte seiner Entwicklung angelangt, wo sich die Mitgliederzahl stabil hält. 90 Prozent der in Frage kommenden Arbeiterschaft ist erfasst. Der Verband hat zur Zeit 8500 arbeitende Mitglieder.

Den Bericht der Hauptkasse gab Kollege Lodahl (Berlin). Er konnte auf eine günstige Entwicklung in der letzten Geschäftsperiode hinweisen.

Der Redakteur der Verbandszeitung, Schulze, erklärte, bemüht gewesen zu sein, die Zeitung technisch und inhaltlich zu verbessern, besonderes Gewicht wurde auf Kurztitel und Aufbau des Feuilletons gelegt. Dies wurde namentlich von den Frauen begrüßt.

Den Berichten folgte eine lebhaftige Aussprache. Die Tätigkeit des Vorstandes wurde allgemein anerkannt. Die neue Aufmachung der Verbandszeitung wurde von allen Delegierten gutgeheißen.

besteht, daß die 96 000 Klein- und Zwergebetriebe ebenfalls versuchen würden, zur Nachtarbeit überzugehen. Die ungeheure Zahl von Betrieben macht eine gezielte Überwachung unmöglich. Großbetriebe, bei denen die Möglichkeit besteht, eine dritte Schicht einzurichten, sind im Reiche 148 vorhanden. Sie besitzen zusammen 2103 Defen. Von diesen Defen liegen heute beim Zweischichtenbetrieb 17 volltätig und 46 teilweise still. Eine große Anzahl Defen ist nur wenige Stunden am Tag in Betrieb. Die Produktionsmittel werden also selbst beim Zweischichtenbetrieb nicht voll ausgenutzt. In der zweiten Schicht von 13 bis 21 Uhr wird nur die Hälfte der Belegschaft der Frühshift beschäftigt. Die zweite Schicht existiert in vielen Betrieben nur an den letzten beiden Werktagen der Woche.

Der Anteil dieser wenigen Großbetriebe an der Badwarenproduktion im Reiche ist minimal.

Eine Brotpreissteigerung, die durch die Nachtarbeit erreicht werden soll, kann niemals eintreten, da die Spesen des Nachts steigen. Die Bäckermeister, die darauf bedacht sind, den Arbeitsbeginn auf 4 Uhr morgens festzusetzen, die fordern, den Broterverkauf vor 7 Uhr früh zu gestatten, unterstützen die Bestrebungen auf Wiedereinführung der Nachtarbeit. Die Gehilfen können sich in ihrem Kampf gegen die Nachtarbeit nur auf die Gewerkschaften stützen. Die Organisation der Bäcker schlagkräftig zu erhalten, ist also ein dringendes Gebot der Stunde. Die Verammlung nahm eine scharfe Entschließung gegen die Voderung des Nachtbrotverbots an.

## Rund 4 Millionen Arbeitslose

Die Entlastung des Arbeitsmarktes hat nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Juni 1931 in der ersten Hälfte des Monats Juni weitere Fortschritte gemacht. Die Bewegung hat sich zwar gegenüber den früheren Stichtagen verlangsamt, sie war aber günstiger als in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, wo die konjunkturelle Verschlechterung die saisonmäßigen Belastung überdeckte. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen, die am 31. Mai noch rund 4 053 000 betrug, ist zum 15. Juni auf rund 4 Millionen zurückgegangen. In der Arbeitslosenversicherung hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um mehr als 100 000 abgenommen und lag am 15. Juni bei rund 1 476 000. Die Zahl der Reifunterstützten hat noch, wenn auch unerheblich, zugenommen, und zwar rund 4000 auf rund 933 000.

In seinem Schlusswort ging Pucher auf die Bewegungen der letzten Zeit ein. Bezüglich der Frage der Industrieorganisation sei der Vorstand der Meinung, daß der Graphische Bund ein geeignetes Mittel zur Zusammenarbeit der vier Gewerkschaften sei. Unter Beifall des Verbandstages stellte Pucher fest, daß die Taktik des Vorstandes sich im allgemeinen als richtig erwiesen hat.

Hinsichtlich der Anträge zur Schaffung einer Industriearbeitsorganisation beauftragte der Verbandstag in einer Entschließung die auf früheren Generalversammlungen gefassten Beschlüsse. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, dem dem Verbandsvorstand für die geleistete Arbeit volles Vertrauen auspricht.

Der mittlerweile eingetroffene Sekretär der Buchdrucker-Internationale behandelte in seiner Begrüßungsansprache die Aussparung der Buchdrucker in Norwegen. Der norwegische Verband ist auf internationale Hilfe angewiesen. Er freute sich, feststellen zu können, daß fast alle Verbände ihren Verpflichtungen bezüglich finanzieller Unterstützung nachgekommen sind. Auch den deutschen graphischen Arbeitern steht die Hilfe der Internationalen zur Verfügung, wenn es darum gehen sollte, weitere Verschlechterungen des Lebensstandards der Kollegenschaft abzuwehren.

Anwesend sind 84 Delegierte, darunter 15 Frauen.

## 22. Generalversammlung der Maler

SPD In Breslau ist der Verband der Maler zu seiner 22. Generalversammlung zusammengetreten. Mehr als 100 Delegierte aus allen Teilen des Reiches haben sich eingefunden. Die Maler-Internationale ist durch ihren Sekretär Streine und der ADGB durch dessen Sekretäre Eggert und Sachs vertreten.

Streine teilte in seinem Begrüßungswort mit, daß die Internationale erfreuliche Fortschritte habe machen können. Fast alle Länder, in denen in nennenswertem Umfang gegenwärtig umfasse die Maler-Internationale 241 000 Köpfe. — Eggert schilderte unter gespannter Aufmerksamkeit des Kongresses den Ernst des augenblicklichen politischen Zustandes. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung und ihre politische Vertretung ständen in dieser Situation ohne irgendwelche Hilfe; sie seien auf ihre eigene Kraft angewiesen. Solidarität und Geschlossenheit seien nie nötiger gewesen als jetzt.

Der Verbandsvorsitzende Bahj erstattete den Tätigkeitsbericht des Vorstandes. Im Durchschnitt der ersten fünf Monate des laufenden Jahres seien 67,6 Prozent der Kollegenschaft von Arbeitslosigkeit heimgesucht worden. Leider sei auf baldige Besserung nicht zu hoffen. Die dritte Notverordnung bringe zwar neue Belastungen, aber keine Arbeit. Der Baumarkt bleibe trotz des Mangels an Kleinwohnungen völlig tot. Es gäbe Arbeit in Fülle und Fülle, wenn nur ein Bruchteil dessen angegriffen würde, was nach Farbe schreie. Die Versuche, dem Malergewerbe den Saisoncharakter zu nehmen, würden auch in Zukunft mit aller Energie fortgesetzt. Das Lehrlingsübermaß stelle für das Malergewerbe ein böses Uebel dar. Augenblicklich betrage die Anzahl der Lehrlinge mindestens 65 000. Die Mitgliedschaft habe seit Stuttgart wohl um 2000 Kollegen zugenommen, die Höchstzahl mit 61 190 vom Jahre 1929 habe infolge der Krise jedoch nicht gehalten werden können. Für soziale Unterstellungen habe der Verband seit 1928 rund 2½ Millionen Mark ausgezahlt. Trotzdem sei der Vermögensstand durchaus nicht unglücklich. Die Postauer Wühlarbeit habe da und dort einen Zugriff notwendig gemacht; so in Saarbrücken, in Essen und Saagen. Insgesamt seien ungefähr 50 Mitglieder wegen Propaganda für die RGO aus dem Verbandsverband entfernt worden.

Der Kassenbericht und belief sich, wie aus dem Bericht Rippe's hergeht, 1930 auf rund 4 222 000 Mark. Mit Unterstützungen wurden 1930 pro Mitglied insgesamt 21,20 Mark ausgegeben. An Verbesserung der Invalidenunterstützung kann vorerst nicht gedacht werden.

Unter starkem Beifall der Generalversammlung lehnte Marz (Hamburg) in seinem Bericht der Schriftleitung des Malers einen Leipziger Antrag ab, der für die Entsendung einer Delegation nach Rußland zwecks objektiver Berichterstattung über die Sowjet-Union eintritt. Wer sich über Rußland objektiv unterrichten wolle, finde in Deutschland genügend zuverlässige Literatur.

Die Aussprache über den Geschäftsbericht begann mit einem Aufmarsch der kleinen kommunistischen Opposition. Sie stieß auf einmütige Ablehnung des Verbandstages. Das Echo ihrer Ausführungen war Gelächter, vor allem, als sie die brutale Diktatur der Bolschewisten als wahre Demokratie bezeichnete.

## Devisenangebot

Die starke Devisennachfrage in den letzten Wochen ist am Dienstag einem Devisenangebot gewichen. Die Käufe, die sich noch ergaben, fanden im freien Marktverkehr ihre Erledigung. Nach der eingetretenen Entspannung geben jetzt die Hamburger Devisen ab, und zwar mit Verlust. Das Angebot kommt in einer Steigerung des Marktkurses zum Ausdruck. Nach der amtlichen Notierung mußten am Montag für einen Dollar 4,21,25 Mark gezahlt werden gegen 4,20,90 Mark am Dienstag. Es wird vermutet, daß die Reichsbank gestern Devisen aufgenommen hat. Ein Teil der Handelspresse berichtet sogar über erhebliche Zugänge. Die Frankfurter Zeitung weiß mitzuteilen, daß eine amerikanische Großbank eine Depesche an verschiedene deutsche Banken gerichtet hat, „worin sie sich schon heute zur Verlängerung der in nächster Zeit fällig werdenden Kredite auf längere Zeit festlegte“. Man rechnet auch damit, daß die Banken Ende dieses Monats durch stärkere Zinsanpruchnahme gezwungen sind, aus ihren Beständen Devisen abzugeben.

Wie zu erwarten war, ist nach den stürmischen Dedungskäufen am Montag an den Effektenmärkten gestern eine Zurückhaltung zu beobachten gewesen. Im einzelnen ergaben sich Kursrückgänge, die aber die Steigerung vom Vortage nicht ausgleichen. Die Stimmung an der Börse war aber nicht unfreundlich.

## Aus der Geschäftswelt

Hier wird fleißig gearbeitet! Das können wahrlich nicht viele Unternehmungen in Deutschland von sich sagen, trotzdem sie den besten Willen dazu haben. In der glücklichen Lage, Tausenden von Arbeitern Beschäftigung zu geben, befinden sich die Kremler-Apparatewerke. In den Werken in Döbeln in Sachsen geht die richtige Arbeit zur Werkstoffherstellung los. Die richtigen Werkstoffe sind in Deutschland nicht zu bekommen, die Kremler-Apparatewerke sind in Deutschland mit den viel verlangten Kremler-Apparate besetzt. Die Kremler-Werke des Auslandsgeschäfts nach nicht so weit weg, wie es im Interesse der deutschen Handelsbilanz wünschenswert wäre. Hierzu in der Lage sein, denn ständig werden die beiden Fabriken vergrößert und die Bestellungen eingehend verarbeitet. Die glückliche Lage für den Auslandsgeschäft aber ist, daß circa 3500 bisher Arbeitslose bei Kremler Werk gefunden haben.



# Die Krise bei Nordwolle

## Größtewahn — Ueberexpansion — Ueberorganisation

Beseht man sich die Rundgebungen der deutschen Industriellen in den letzten Wochen, so findet man in ihnen ein Maß von Selbstüberschätzung der eigenen Persönlichkeiten und Fähigkeiten, das man gut und gerne als Größtewahn bezeichnen darf. Die deutschen Industriekapitäne, mögen sie häufig auch noch so klägliche Frohgehirne besitzen, halten sich für klüger als jeder andere. Sie erheben Anspruch, Hochtute für eine Sanierung der Reichsfinanzen zu sein und sind doch selbst — mit wenigen Ausnahmen — nicht imstande, in den eigenen Unternehmungen für Ordnung zu sorgen. Gerade in dieser Zeit kapitalistischen Größtewahns erfahren wir aber Näheres über die Krise bei einem der größten Deutschen Textilkonzerne, der Schiffbruch gelitten hat, weil sich in ihm der Führergeist der deutschen Industriellen zu ungehemmt entfalten konnte. Es handelt sich um die Norddeutsche Wollkammerei und Kammgarnspinnerei in Bremen, der unter anderem auch die Südhilse Wollgarnfabrik GmbH (vormals Tittel & Krüger) gehört.

Seit einer Reihe von Jahren wird dieser Konzern von der Familie Laufen beherrscht und geleitet. Von Beginn an war es das Bestreben des Herrn Gustav Karl Laufen und seiner zwei Söhne, durch eine großzügige Expansionspolitik die Macht des Konzerns bis an die Grenze des Möglichen zu steigern. Bei diesen Plänen kam ihnen zu Hilfe, daß ihr Ruf als „starke Männer“ von ihren früheren Unternehmungen verbreitet war und daß die Finanzmittel für ihre Pläne von der Darmstädter und Nationalbank herbeigeschafft werden konnten. Ueber die Gründe dieser Bereitwilligkeit Jakob Goldschmid's schreibt der Montag-Morgen:

„Die Gegenspieler des Berliner Bankdirektors, der von nationalstaatlicher und vor allem von völkischer Seite oft genug angepöbelte wurde, waren nicht nur nationale Patrioten, sondern auch bekannte Freunde nationalstaatlicher Organisation. Die Luft, die im politischen Leben Deutschlands in den letzten Jahren wehte, hat mehr als eine der exponierten Persönlichkeiten hervorgebracht, und vielleicht erklärt sich das psychologische Rätsel des Falles Nordwolle damit, daß von solcher Nervosität den Bremer Herren gegenüber Hemmungen hervorgerufen worden sind, die sich heute als völlig unberechtigt und leider als sehr kostspielig erweisen.“

Und so hatten die Laufens freie Bahn für ihre Tüchtigkeit. Immer größer und größer baute man den Konzern auf. Man gliederte aber nicht nur gleichartige Betriebe an, sondern man wagte sich auch auf das Gebiet der verarbeitenden Industrie vor. Nach der horizontalen Verstrukturung, gelangte man auch noch zu einer vertikalen. Dadurch vergrößerte man nicht nur den Geschäftsumfang und damit das Geschäftsrisiko, sondern betätigte sich vor allem auf Gebieten, die bisher der Abnehmerkraft des Konzerns vorbehalten geblieben waren. Man machte ihr also auf Teilgebieten Konkurrenz und rechnete auf anderen Gebieten — ja zum Teil sogar auf denselben! — trotzdem auf deren treue Kundschaft. Der erste, und wohl entscheidende Fehler der Laufenschen Expansionspolitik war eine — man muß wohl sagen — großwahnsinnige Expansionspolitik. Die Toga, eine Vereinigung von neun früher selbständigen Webereien, die in der eine Reihe von Strumpfbetrieben zusammengefaßt sind, sind die sichtbarsten Glieder dieser Expansion.

Nachstehende Zahlenreihe soll zeigen, wie sich im Laufe der Jahre durch diese Expansions- und Angliederungspolitik das Verhältnis von Eigenkapital und Schulden verschoben hat:

	Eigenkapital Millionen RM.	Schulden RM.
1923	33,20	18,83
1925	33,20	62,20
1928	75	124,18
1929	75	138,88

Man sieht, daß das Aktienkapital seit der Umstellung auf die Goldmark weit mehr als verdoppelt wurde und daß trotzdem die Zahl der Schulden von Jahr zu Jahr anstieg! Der erste Nachteil dieser Expansionspolitik war also, daß die große Zinsenlast auch dann getragen werden mußte, wenn die Konjunktur weniger günstig wurde.

Eine Konzernbildung, die sich nur in Zeiten bester wirtschaftlicher Konjunktur zu bewähren imstande ist, ist kein Beweis für

### Weltumflug zweier amerikanischer Flieger

III Neuyork, 23. Juni.

Auf dem Flugplatz Roosevelt Field sind die amerikanischen Flieger Post und Gaitty in den frühen Morgenstunden des Dienstag zum Flug nach Harbour Grace als der ersten Etappe des beachtlichen Weltumfluges gestartet. Sie planen einen Flug von Harbour nach Berlin.

In Neufundland gelandet

Die beiden amerikanischen Flieger Post und Gaitty sind auf ihrem über Berlin führenden Weltumflug am Dienstag um 16.47 Uhr WZ in Harbour Grace (Neufundland) gelandet.

### Die Zeppelin-Nordpolfahrt abgefaßt

III Friedrichshafen, 23. Juni.

Die geplante Nordpolfahrt, bei der ein Stelldichein mit dem Polarforscher Wilkins geplant war, wurde nun endgültig abgefaßt. Wilkins hat bekanntlich mit seiner „Maudius“ bereits Schiffbruch erlitten. Der Luftschiffbau plant eine Art Rettungsflucht über Sibirien und das Karibische Meer, die Ende Juli angetreten werden soll.

### Der Aufenthalt des „Do X“ in Rio de Janeiro

Rio de Janeiro, 22. Juni.

Das Flugboot „Do X“, das am Sonnabend hier, von brasilianischen Heeres- und Marineflugzeugen begleitet, landete, hat bei Behörden und Bevölkerung eine überaus freundliche Aufnahme gefunden. Schon bei der Landung wurde der „Do X“ vom Präsektor persönlich sowie durch die Vertreter des Außenministers, des Marineministers und des Polizeichefs und die Leiter der deutschen Verbände begrüßt. Der Außenminister veranstaltete für Kommandanten und Offiziere des „Do X“ einen besonderen Empfang. Auch beim Präsidenten ist eine Audienz vorgelegen. Am Sonntag veranstaltete „Do X“ Rundflüge für das Diplomatische Korps, Behördenvertreter und Presse.

### Vier Todesopfer eines Tornados in Brasilien

III Rio de Janeiro, 23. Juni.

Nach einer Meldung aus Porto Alegre ist die Stadt Sao Luiz de Caceres von einem Tornado heimgesucht worden. Vier Personen wurden getötet und 25 verletzt. Im ganzen wurden 30 Häuser zerstört, unter deren Trümmern noch weiteren Opfern gesucht wird.

## MARIA LEITNER: HOTEL AMERIKA

Copyright 1930 by Neuer Deutscher Verlag AG.

47] Durch ein technisches Versehen war in der Mitte unserer gestrigen Romanfortsetzung der Zusammenhang gestört. Wir stellen ihn heute wieder her.

Kerze geben in Rundfragen Erklärungen ab, daß das starke Licht für die Augen überaus schädlich sei und die heutige Generation beschützen müsse, in Blindheit zu sterben. Man alarmierte die Polizei, um die Lichtreflexe verbieten zu lassen, natürlich nur aus allgemein menschlichem Interesse.

Herr Wanderoock behauptet allerdings, die Zeitungen sähen in seiner Reklame eine zu starke Konkurrenz, die Anzeigeneinnahmen würden geringer.

Solche Verleumdungen wiesen die Zeitungen freilich weit von sich, sie fühlten nur Verantwortung dem Publikum gegenüber. Die Menschen wollten sich ohnehin nicht viel von Druckerzürnen wissen, sie lächelten höchstens über die Leuchtbuchstaben, wodurch nicht nur die Augen, sondern auch das Seelenheil der Allgemeinheit gefährdet würde. Man begann sogar schon von der Kanzel herab gegen die Lichtreflexe zu predigen.

Aber auch Herr Wanderoock versteht sich auf geschickte Schachzüge.

Er erklärte sich für die Durchführung einer unethischen Augenreflexe aller Kirchen und Bethäuser bereit. Bald flammten überall in den Straßen elektrisch beleuchtete Kreuze und Bibel-sprüche auf.

Freilich geben auch die Zeitungen den Kampf noch nicht auf. Die Plänkereien werden unterirdisch fortgeführt.

An geeigneten Bundesgenossen hätte es also Herrn Fißh nicht gefehlt. Auch unter den Zeitungsfürstlingen waren solche, die lieber allein herrschen würden, als mit Herrn S. W. Strong die Macht zu teilen. Sie hätten sicher Interesse an den geheimen Quellen und Zusammenhängen der Strong'schen Propaganda, obgleich sie sich natürlich hüten würden, sie der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Man verrät nicht so leicht gemeinsame Geschäftsgeheimnisse, wenn man auch bereit ist, von ihnen zu profitieren.

Herr Fißh zweifelt nicht daran, daß es ihm möglich sei, die Briefe in die richtigen Hände zu spielen, und dadurch nicht nur einen gesellschaftlichen Skandal zu verursachen, sondern auch die wichtigen Verhandlungen Herrn Strong's zu fördern.

Auch Marjorie hat viele Feindinnen. Wahrscheinlich würden die anwesenden Damen alle erfreut sein, wenn sie in eine lächerliche Lage käme.

Sie scheint etwas von Herrn Fißh's Gedanken und Plänen zu ahnen, denn sie ist unruhig und ängstlich.

Herr Strong dagegen zeigt nur Gleichgültigkeit und Nichtachtung, statt Eile, mit Herrn Fißh in Verhandlungen zu treten. Gut, wenn er mit dem Geld nicht herausrücken will, schadet er sich nur selbst. Seine Feinde werden weniger kleinlich sein, wenn sie die Möglichkeit sehen, ihm zu schaden.

Diesen Gedankenangang befaßt Herr Fißh nicht nur für sich, er verrät ihn einem der Sekretäre des Herrn Strong, der sich wieder in seiner Nähe zu schaffen gemacht hat.

„Sie spielen Ihre Trümpele so schnell aus; wir könnten Sie jetzt ohne weiteres wegen Erpressung verhaften lassen.“

„Warum tun Sie es nicht? Nichts wäre mir erwünschter, denn kann sich wenigstens die Öffentlichkeit mit der Angelegenheit befassen. Wenn ein Räuber nach der Polizei ruft, kann man überzeugt sein, daß weit und breit keine in der Nähe ist. Ich muß schon sagen, daß Sie auf keine besonders geschickte Art mit Angst einjagen wollen.“

Eine Hand legte sich auf Herrn Fißh's Schulter. Sie gehörte keinem Detektiv, sondern einem der Kapitäne.

„Se, Junge, was fällt dir ein, herumzuträumen und lange

Sprüche zu führen? Man hat sich schon über diese Bedienung

beleidigt.“

„Machen Sie Ihre Sache gut, Kellner.“ Der Sekretär ärgert

Herrn Fißh durch einen ironischen Seitenblick.

Zum Teufel auch, diese Rennerlei! Man kann kaum einen vernünftigen Gedanken fassen, spürt Arme und Beine, — verdammt Quälerei, dieses Bedienen! Der „schöne Alex“ hat nicht unrecht, eine Hochzeit ist kein Vergnügen, besonders nicht für die Kellner.

Der „schöne Alex“ hält sich immer noch in der Nähe auf, in den Gängen wartet er mit zückender Anhänglichkeit auf Herrn Fißh, immer bereit, ihm mit Rat und Tat zu helfen.

In der Küche geht es wild zu. Man muß schon ein „Alter“ sein, um dabei nicht nervös zu werden.

Einige Kellner haben doch allerlei kleinere Sabotageakte versucht.

Sie servierten die heißen gebakenen Kustern auf Eis, sie verwechselten Majonnais mit Clercreme und brachten den Blumenhaft anmutenden Brautjungfern, die alle diät lebten, statt der bestellten leichten Salate schwere Gänseleberpasteten.

Die Kapitäne schäumten vor Wut, aber es ist unmöglich festzustellen, wer die Bestellungen verwechselte oder ob sich die Kellner nur zufällig irrten.

Herr Fißh wird von allen Seiten angegriffen; seine offensichtliche Ungeschicklichkeit erregt den Unwillen aller Köche und der Kapitäne.

„Bei Gott, dieser Kellner weiß nicht einmal, wie man eine Order angeben hat.“

„Ich möchte auch wissen, von wo der Kerl hereingeschneit kommt.“

Das „ix, Junge“, „dalli, Kellner“ der Kapitäne verwirrt ihn vollends.

Es erscheint ihm immer schwieriger, bei der Hitze Pläne und klare Gedanken zu fassen, und er beginnt zu begreifen, warum ihn Herr Strong mit solcher Ruhe herumrennen läßt: man will ihn, Herrn Fißh, nur müde werden lassen, um ein leichtes Spiel mit ihm zu haben. Diese Erkenntnis steigert nur noch den Haß und die Wut, die Herr Fißh auf die ehrenwerten Mitglieder der Familie Strong hat. Er will nicht mehr warten.

Herr Wanderoock sollte die Briefe Marjories gleich zu Gesicht bekommen.

Er wußte auch, sie würden bei den Blumenhaft anmutenden Brautjungfern Interesse finden.

Es ist nicht leicht, die Briefe unbemerkt auf die Tische zu legen, denn die Kapitäne behalten Herrn Fißh scharf im Auge. Andererseits möchte er um keinen Preis den Augenblick veräumen, in dem das Auftauchen der Briefe bekannt würde, wenn sich die häßlichen Augen auf Marjorie und den großmächtigen S. W. richteten.

Er sagt sich zwar, daß auf diese Weise seine Chancen, je Geld für die Briefe zu erhalten, gleich Null würden. Aber jetzt wollte er sich wenigstens rächen, vor allem rächen für die Gleichgültigkeit, die Nichtachtung, mit der man sein Erscheinen aufgenommen hatte. Herr Strong tat so, als ob es das Natürlichste auf der Welt wäre, daß er, Herr Fißh, bei Marjories Hochzeit als Kellner diene.

Nun, man sollte etwas erleben.

Herr Fißh entnahm seinem Briefpaket vorsichtig eine Anzahl Blätter; er möchte sie zu gern noch schnell durchsehen, um sie an die richtigen Adressen zu verteilen, aber dazu bleibt keine Zeit übrig, er muß flink und vorsichtig sein. Und schon ist der Streich geführt!

In der Küche bemächtigt sich seiner eine nicht geringe Erregung. Was wird geschehen, wenn er wieder den Saal betritt? Wird man ihn sofort hinauswerfen? Werden die Köche lachen und kichern über den jungen Chemann und Marjorie? Und Herr und Frau Strong, die würdevollen Eltern, werden sie immer noch so majestätisch tun? Wird Herr Strong die Einsicht gekommen sein, daß es besser für ihn gewesen wäre, weniger geizig zu sein? Herr Fißh macht seine Kollegen aufmerksam, daß sie sich auf

Klugheit und Ueberlegung seiner Schöpfer, sondern ein Zeugnis für ihre Kurzsichtigkeit und Unfähigkeit!

Es war aber nicht allein die Größe des Konzerns, die seine Konjunkturrempfindlichkeit und damit auch jetzt seine Schwierigkeiten steigerten, sondern es kommt auch eine gewisse Ueberdehnung der Rationalisierung hinzu. Ganz zweifelsohne hat die gesteigerte Mechanisierung in einer Reihe von Fällen — trotz aller schöner technischer „Erfolge“ — ein finanziell durchaus unbefriedigendes Resultat erbracht. Eine Technisierung der Produktion ist nur dann rentabel, wenn die Maschinen — gemessen an dem Lohnniveau des betreffenden Wirtschaftsgebietes — billiger als menschliche Kräfte arbeiten. Da aber die Löhne in der Textilindustrie relativ niedrig sind, die Menschen also an sich schon sehr billig arbeiten, kann sich die Einführung von Maschinen sehr häufig als kostspieliger erweisen als die Verwendung von Arbeitskräften.

Wenn diese Rationalisierung auch bestimmt keine speziell Laufen'sche Angelegenheit ist (die verantwortungslosen Schreier von der Ruhr sind Meister auf diesem Gebiete), so gibt es andere Dinge, die das reibungslose und lauffähigste rentable Funktionieren des Konzernbetriebes verhindern, wo eine spezifische Schuld der Laufens vorliegt. Wir meinen eine Form der Ueberorganisation, die jede Art persönlicher Entschlußfähigkeit und persönlichen Verantwortungsgelübes der Leiter der einzelnen Teilbetriebe auf das Sinnloseste hemmt. Es ist nicht bestritten, daß ein Konzern von der Größe des der WWA von einer Zentralstelle her geleitet werden muß. Es kam aber ein übertriebener Zentralismus zur Einführung, der zwar dem Geltungsbedürfnis der „Chefs“ durchaus entgegenkam, der sich aber für die einzelnen Betriebe und für den ganzen Konzern als höchst unrentabel erweisen mußte. Uns sind dafür einzelne Beispiele im Verkehr der Konzerngruppe mit den Filialbetrieben bekannt, die einfaß protest sind. Neben einer fast militärischen Disziplin und einem Verzicht auf jede eigene Meinung der unteren Organe, führte dieser Zustand aber zu der Verögerung aller Entscheidungen und zu einer Konzentration der Verantwortung auf zu wenig Köpfe und zu wenig Hirne.

Bei den jetzigen Schwierigkeiten darf schließlich auch nicht vergessen werden, daß die sozialpolitischen Experimente des früheren Generaldirektors Horst (außerordentlich großzügige Förderung der gelben Werkvereine, Unterstützung des Bildungswesens dieser Bewegung, Delegation von Werkangehörigen in die gelbe Wirtschaftsschule nach Berlin usw.), dem Konzern auch einige nette Millionen kosteten.

Im vergangenen Geschäftsjahre hat allein die Norddeutsche Wollkammerei und Kammgarnspinnerei einen Verlust von rund 24 Millionen Mark zu verzeichnen. Man muß annehmen, daß die Verluste der Tochtergesellschaften nicht viel geringer, ja vielleicht sogar beträchtlich größer sind! Nennenswerte Reserven sind nicht mehr vorhanden. Abschreibungen in der notwendigen Höhe unterblieben schon seit zwei Jahren. Die gewaltige Schuldenlast hat nicht abgenommen, sondern zugenommen. Die Folge ist, daß man durch die Begebung von 30 Millionen Mark Vorzugsaktien eine Sanierung mit Hilfe ausländischer Interessentengruppen durchführen muß, die vorläufig als erstes Ergebnis das Ausscheiden der Laufens aus der Konzernleitung ergab.

Es ist zu hoffen, daß die Sanierungsmaßnahmen nicht zu Stilllegungen im Konzern führen. Man muß in Rechnung stellen, daß eine weitere Rationalisierung in den Einzelbetrieben kaum durchführbar ist, so daß eine Abstoßung eines Teils der Konzernbetriebe die Lage erleichtern würde. Die WWA gehörte zu den Unternehmungen, die in ihren Geschäftsberichten immer wieder auf die hohen „sozialen Lasten“ und den Kapitalmangel hinwiesen. Dabei ist gerade die Krise im eigenen Konzern die beste Widerlegung dieser Behauptungen! Nicht Kapitalmangel, sondern Kapitalverschleuderung, nicht „soziale Lasten“, sondern Unternehmerunfähigkeit ist an ihr Schuld.

ein amüsantes Zwischenspiel gefaßt machen könnten, und bittet sie, herumzuführen, was die Gäste sprächen.“

„Es dauert eine ganze Weile, bis Herr Fißh mit kalten Händen, einem Risikogefühl in der Kehle und einigem Herzklopfen wieder den Festsaal betritt.“

Er kann keinerlei Aenderung in der Stimmung bemerken. Sind diese Leute wirklich so gleichgültig, daß sie durch nichts aus der Ruhe zu bringen sind? Sogar die Freundinnen Marjories, auf die er so bestimmt gerechnet hat, machen eher ein gelangweiltes Gesicht.

Aber schon ruft ihn Herr Wanderoock zu sich.

„Aha, er hat etwas Besonderes mit ihm vor. Er hält die Blätter in der Hand, die Herr Fißh vor sein Gebet gelegt hatte. Er ist in sehr jovialer Stimmung.“

„Das ist drap, junger Mann. Sie waren es doch, der die Blätter verteilt hat, nicht wahr? Das gefällt mir, ein junger Mann in der heutigen Zeit, der noch Gedanken für Gott übrig hat und sich um das Seelenheil seiner Mitmenschen sorgt. Sie gefallen mir, junger Mann. Sie wissen, ich bin bezaubert, die Augenreflexe für unsere Kirchen und Bethäuser zu besorgen; ich glaube, ich werde Sie brauchen können. Ich gebe Ihnen eine Chance, kommen Sie morgen vormittag in mein Büro.“

Herrn Fißh erscheint diese Rede reichlich merkwürdig. Er wartet auf alles eher als das Gefaßt. Die Worte Wanderoocks sind reichlich dunkel. Trotzdem beiließ er sich, kein Kommen zu versprechen.

Aber jetzt hört er Mildred Allen, eine Freundin Marjories, sprechen. Nicht etwa mit gefälschter Stimme, sondern laut und deutlich. Sie weiß ganz offen auf ihn.

„So etwas, was sich dieser Kellner hier erlaubt, ist nur in Amerika möglich. Uns mit Bibelzitat zu kommen! Er sollte in die Wüste zu den Obdachlosen gehen.“

„Dah ist doch, er ist jaßig; sein Pastor hat ihm wahrscheinlich den Himmel versprochen, wenn er uns zu dem guten Weg bekehrt. Er hat sicher gehört, die gute Gesellschaft sei zu friivol.“

„Echt amerikanische Sitten“, läßt sich wieder Mildred vernahmen, „daß einem überall die Bibel vor die Nase gehalten wird. In Wirklichkeit wird sie aber von niemandem gelesen, so merkt man wenigstens nicht, was für ein gefährliches Buch sie ist.“

Herr Fißh fühlt sich sehr stillstehen. Warum wird er plötzlich für einen Heilsarmeeprediger oder ähnliches gehalten? Hier geht etwas nicht mit rechten Dingen zu.

Er beiließ sich, den Rest des Briefpaketes, das er so sorgfältig über seinem Herzen trug, herauszunehmen. Nicht einmal die Gefahr kimmert ihn mehr, hinausgeworfen zu werden. Er blättert lieberhaft, er will seinen eigenen Augen nicht trauen: es ist die Schrift Marjories, ihr Briefpapier, aber statt der die Strong's kompromittierenden Briefe, hält er ein großes Paket Bibelzitate in der Hand. Er liest: „Die Starken bedürfen keines Krutes, sondern die Kranken“, — „Ich bin gekommen, zu rufen die Sünder zur Buße und nicht die Gerechten“, — so ging es weiter von Seite zu Seite. Und ich sage euch auch, macht euch Freunde mit dem ungerechten Mammon, auf daß, wenn ihr nun darbet, sie euch aufnehmen in die ewigen Hütten.“ — Immer noch hofft Herr Fißh, wenigstens einige der Originalbriefe zu entdecken, aber er hält nur Bibelzitate in der Hand.

Obgleich er sich für so besonders schlau hielt, war er kopflos in die Falle gegangen. Hatte er sich wirklich eingebildet, Herr Strong würde nicht schnell Mittel finden, um ihn ungeschädlich zu machen? Der „schöne Alex“ konnte sich ins Fräustchen lachen. Er war mit Herrn Strong im Bunde, und er, der schlaue Herr Fißh, hatte nichts gemerkt, ließ sich das Briefpaket in der Tasche ver-tauschen. Jetzt hatte sich der „schöne Alex“ gesund gemacht.

In dieser Annahme täuschte sich Herr Fißh nicht. Die Plüster-treibe in der 81. Straße Neuyork-Ost war dem „schönen Alex“ sicher. Er sah schon in seinen Träumen die 81. Straße mit Be-trunkenen besät, die alle aus seiner Kneipe kamen.

Ja, Herr Fißh muß sich eingestehen, daß er Herrn Strong bei weitem nicht gewachsen sei. Es bleibt ihm wirklich nichts anderes übrig, als zu Herrn Wanderoock zu gehen und die Augenreflexe für die Bethäuser zu machen.

(Fortsetzung folgt.)



Moratorium

Moratorium der Schulden...? Hoover hat es vorgeschlagen. Ist vorbei das schlimmste Duldnen? Dürfen wir nach Not-Tumulten Eine leise Hoffnung wagen? Ueber den Atlantik kimmert Nichts einer Morgenröte. Doch man fragt mit Recht bekümmert, Bringt es auch, wie es so kimmert, Moratorium der Miete? Geht die Schwerverdiener-Clique Jetzt nicht erstmal in die Wollen? Wird sie mit verfeinertem Blicke Sich nicht auf die schönsten Stücke Dieses Schintens stürzen wollen? Schluß mal endlich mit der Phrasen Von den großen Wirtschaftsköpfen! Tod der Hitler-Gez-Gruppe! Erst soll jetzt der Mann der Straße Mal ein bißchen Atem schöpfen! Hans Bauer.

Nordische Karikaturisten

Ueber die meisten Begriffe sind durchaus nicht alle Menschen einer Meinung, selbst dort, wo Klarheit sein sollte und könnte, wird es haarspaltige Typen geben, die es anders wahr haben wollen. Es ist z. B. noch eine weitverbreitete Ansicht, daß die Karikatur nichts mit einer künstlerischen Zeichnung gemein haben könne, daß eine mißratene Porträtskizze eben eine Karikatur sei. Das ist aber eine durchaus irrige Auffassung. Wer sich einmal die Zeit nimmt und die ausgezeichnete Ausstellung nordischer Karikaturisten im Kunstverein ansieht, wird feststellen müssen, was für bravouröse und talentvolle Zeichner sich hier als Karikaturisten vorstellen. Eine Karikatur ist natürlich erst dann ein Kunstwerk, wenn sie mit künstlerischen Mitteln hervorgebracht worden ist. In den üblichen Witzblättern wimmelt es von unkünstlerischen und ungeistigen Elaboraten schlechter Zeichner, man denke nur an den Knabberadaß und den gemüthlichen Sackhen von heute, diese Sorte von Karikaturisten entspricht den Witzmalern der üblichen Rahmen- und Möbelhandlungen, niederster Mumpst. Leider machen sich auch in den Tageszeitungen meist solche fade Produkte breit, wenn Zeichner aller sogenannten politischen Karikaturen, die wir zu sehen bekommen, gehören dazu. Viel zu selten nehmen sich die Verantwortlichen die Zeit, um auch den künstlerischen Wert einer Karikatur zu prüfen, vorausgesetzt, daß überhaupt eine Urteilsfähigkeit dafür vorhanden ist.

Sinn und Wesen der guten künstlerischen Karikatur werden in den Arbeiten dieser nordischen Zeichner vorbildlich demonstriert, sie sind fast alle zunächst einmal sehr gute Zeichner, die ihre Hauptabsicht, den Menschen, beherrschend, sie sind voller Figur und geistvoller Einfälle. Der Unterschied zwischen den dilettantischen Bierbankkarikaturisten und diesen Künstlern besteht zunächst einmal in der Technik, daß diese Nordländer Talent haben. Obwohl sie fast alle ein bißchen von Olaf Gulbranson beeinflusst sind, haben sie sich, ihre persönlichen Ausdrucksmittel, so gewagt, daß die persönliche Note der einzelnen Zeichner immer zu erkennen ist. Die sparsame, ausdrucksvolle Linie, die geistreiche Krabade und der kurze Schnitzel werden ganz verschieden abgewandelt. Diese normedischen, schwedischen, dänischen und estländischen Künstler, die die Karikatur zu ihrer Domäne gemacht haben, verfügen neben ihrem zeichnerischen Talente noch über die glücklichen Gaben des Humors, der Satire, des Witzes und der Kritik. Ihnen wird die Erscheinung zum Sinnbild alles Menschlichen, mit Gelpöhl, Gelächter, beherrschend Ironie und gutmüthiger Veräppelung zeigen sie Schwächen der Welt und der Menschen auf, sie lachen mit dem Stiß jeder auf seine Weise. Karikaturisten sind meist auch gute Porträtkünstler, weil in jedem guten Porträt heimlich die Karikatur schlummert. Knapp das Wesentliche auf die kürzeste Formel bringend, das Charakteristische mehr oder weniger scharf überhebend, wird der Extrakt einer Erscheinung formuliert. In jedem menschlichen Gesichte ist ein Gelächter versteckt, wohnt eine groteske Formel. Das aufzuspüren und überzeugend herauszustellen, ist Sache der Karikaturisten. Gerade in dieser Kunststellung kann man das gut studieren. Die verschiedenen Zeichner haben oft ein und dieselbe Persönlichkeit karikiert, — die wir, da es sich um prominente Zeitgenossen handelt, meist auch durch Photographien oder durch den Film kennen (das ist wichtig zur Unterstützung für die Erkenntnisse um das Wesen der Karikatur), — alle haben die typischen Merkmale, das Besondere und Charakteristische in ihren Zeichnungen übereinstimmend festgestellt, aber darüber hinaus gibt jeder doch noch seine persönliche Interpretation der Persönlichkeit hinzu. Das Karikiertieren im guten Sinne ist ebenföwenig ein mechanischer Vorgang wie etwa das Zeichnen einer Landschaft durch einen Künstler, der keine karikaturistische Fähigkeiten zu besitzen braucht. Der gute Karikaturist ist ebenso variabel und einflussreich in seinen Ausdrucksmitteln, wie jeder gute Zeichner oder Maler, seine schöpferische Voraussetzung ist auch die Phantasie.

Gulbranson, Jacobsson (der Zeichner Adamson), Engström, Nerman, Witz, Jmsland, Lindahl, Gori Tomsson und Storm-Petersen sind in dieser Ausstellung die bedeutendsten Erscheinungen, jeder hat sein eigenes Gelächter über die beste aller guten Welten in vielen Blättern dargestellt, jeder weiß auf seine Weise zu überzeugen und uns seine Deutung der Welt zu suggerieren. Wie in einem Zerspiegel sehen wir bei diesen Künstlern die Erscheinungen, aber so, daß im Karikaturistischen eine Funktion sichtbar wird, die nicht nur die Lustmuskeln in Bewegung setzt, die vielmehr die Nähe des Erhabenen und Wackerlichen, des Grobhartigen und Kleinlichen, des Bedeutenden und Unbedeutenden aufzeigt, das Relative aller Wertung deutlich macht.

W a z S c h w i m m e r.

„Tritan und Nolde“ im Reichsrundfunk. Die seit Jahren geföhrten Verhandlungen zwischen dem Reichsrundfunk und der Leitung der Bayreuther Festspiele sind in diesem Jahre zum Abschluß gelangt. Es ist vereinbart worden, daß die erste Tritan-Aufföhrung, die von Furtwängler geleitet werden wird, auf den gesamten deutschen Rundfunk übernommen wird.

Ernst-Romohlt-Verlag in Schwierigkeiten. Infolge der Inflation eines Lieferanten ist der Ernst-Romohlt-Verlag in Schwierigkeiten geraten. Der Verlag hat eine Stöhungaktion eingeleitet, die vor dem Abschluß steht.

Wettbewerb für eine Goethe-Plakette. Für die bei der Universalität Leipzig geplante Goethe-Ehrung ist ein Wettbewerb für deutsche Künstler ausgeschrieben worden für ein Modell einer Goethe-Plakette oder Ehrengabezeichnung. Das Preisgericht steht noch nicht fest. Die näheren Bedingungen sind zu erhalten von der Stiftungsfasse des Ministeriums des Innern in Dresden.

Landschaft um Leipzig

Von der Schleußiger Brücke bis Großschocher

Im Ufergelände vor der Schleußiger Brücke, wo die Bootshäuser stehen, spielt einer Bandonion. Einer schlägt gegenüber eine altersschwache Botikelle kaputt. Vor einem Hause steht ein Hund im Hofe und bellt und heult, und Kinder werfen ihm jubelnd Knochen zu von einem Küchenbalton.

Wir machen, daß wir mit unserem Boote durch die Schleußiger Brücke und um die Ecke kommen.

Bert sitzt mit mir im Boote, laßt, weil die Woge vorbei ist. Der Sonnabendnachmittag hat begonnen mit der Schöuzzeit bis Montag früh. Die sechs Tage Kampf ums Dasein sind vorbei. Bert meint, es wäre mehr eine Prügellei ums Dasein. Sechs solche Tage können elend machen, können blutlos machen mit ihrem Drum und Dran. Die Schillerische Lyrik von der Arbeit stimmt heute nicht mehr. Die Zeiten haben sich geändert. „Doch der Segen kommt von oben“ singt Schiller. Aber für den Arbeiter kommt überhaupt nichts mehr dabei heraus.

Ich selber gehöre zur Nation der Zahllosen, zur Nation der Geldlosen, zur neuen Nation der Arbeitslosen. Ob so oder so, wir beide, Bert und ich, gehören zur Nation der Wihhandelsten. Aber wir haben jetzt keine Zeit, Trübsal zu blasen. Es ist eben so, wenn es so ist. Eintrübseln! — Wir haben Vertrauen zu unserem marxistischen Programm.

Wir passieren das Bootshaus des „Rudervereins Vorwärts“ mit seinen Arbeitern und Arbeiterinnen, die ebenfalls über den Sonnabend und Sonntag für ihre blassen Physiognomien sich etwas Farbe holen wollen.

An der Ecke des Gartengeländes der Silbermannstraße kötet die erste Ansel nach dem letzten Asphaltspettakel. So hastig scheu und abwartend beobachtend, wie sie sich am Boden bewegt, bei ihrem Gelingen ist sie immer in Parabelstellung auf den hohen, freien Zweigen zu sehen. Die Ansel unterdrückt sich. Etwas scheint ihr nicht zu gefallen. Vielleicht ist es der fuchsrote Nestflünderer, das jarte, gelichide Eichföhchen. Es macht einen Spaziergang in der Nähe des schwarzen Vogels, und wenn der Weg auf dem einen Ast alle ist, kommt ein toller Luftsprung auf den nächsten. Dann springt das Eichföhchen an einem Stamm hinauf. „Dieb, Dieb, Dieb — Eierdieb, Eierdieb,“ schimpft die Ansel und fliegt weiter, aber das Eichföhchen tut auf seinem Hochstich so posierlich, als wäre es ein Spatz. Ist so vertraut, obwohl hier rote und schieferblaue Hausgiebel durch die Bäume sehen, als habe es einen Wachtortrag mit der Silbermann- oder Hausmannstraße.

Dicht dabei, am Küchholz, signalisiert der Jauntönig. Er kann eine ganze Menge heller Wisse. Hat viel gelernt. Tut so, als kennen wir uns schon lange und begleitet unser Boot liebenswürdig ein Stückchen durch die kleinen, winzigen, winkligen Gäßchen des Ufergestrüpps. Zerfallene Erdmauern stehen hier mit halbunklen Hölzlingen, und irgendwo im Wurzelwirrwahl, im Erdloch untern Gestrüpp, im Felsenversteck oder im Rankenwerk mag das Nest liegen, Tapeten, Teppich und Polster aus Moos. In den Uferböschungen hier haben die Gluckspitze ein feines Wohnen. Außer dem Brunnstein hat sich das Männchen noch ein paar moosmöblierte Zimmerchen angelegt zum gelegentlichen Unterschlupf. „Juch — juch,“ wippt das Schwänzchen, stellt sich senkrecht und neigt sich selbst nach rückwärts dem Rücken zu, stot und stint, und selbst, als wäre es eins von den kleineren Wettwundern.

Dann kommt uns ein fetter Fink vor die Augen. Der magt sich nichts daraus, ob die Gegend trocken oder feucht ist, ob es Laub- oder Nadelwald, ob es Ebene- oder Gebirgs ist. Uebfall weiß er ein frühliches Lied zu singen und wird nicht gleichgültig dabei und verzicht nie den richtigen, schmetternden Takt. Daneben wird eine Weile über irgend etwas ungeduldig. Kreuz und quer hüpft sie von Ast zu Ast. Und drüben am Sportpark, wo in einer Reihe am Ufer zwölf Birken schlummernde Säulen bilden, die Stämme wie von Silber mit dunklen Schnitzereien geziert, sieht großartig vorm Starfalten der Sperling und ist guten Mutes vom Schnabel bis zum Schwänzchen.

Dann begegnet uns die schnelle, schwarzweiße Bachstelze, wippt,

als stehe sie immerzu auf den Zehenspitzen, sucht durch die Luft, als wäre es ein Sprung, redt sich im Flug und landet mit kühner Sicherheit auf dem nächsten Uferstein. Aus dem raschen, hastigen Schatten im Flug wird ein wunderschöner Vogel, bläut und weiß und mit großem Schwarz gezeichnet. Zwei Wisse, drei Wisse klingen fein aus einer Kehle mit tiefem schwarzen Fied. Eine Singdroffel, Flippo, hat sich hier am Uferwiesenhang ein Lieblingsplätzchen eingerichtet, bequemt unser Boot mit großem Ernst und ist ganz Spannung, bis sie sorglos ein paar rasche Schritte unternimmt.

Das Alchenholz bleibt hinter uns. Die Wiesen beginnen, wo Nebel- und Kabenträge Besuch machen. Tauben tummeln sich glühend, weitaufgeschlossen. Ein Trupp und noch ein Trupp tummeln sie durchelnander, ordnungslos, ihre Flugbahnen spielerisch kreuzend. Ruhelos singend steigt die Lerche mit raschem Flügelschlag und senkt sich schwebend wie ein Pfau, bis sie mit angelegten Flügeln laufend die letzte Strecke herabgleitet.

Hier steht die Kugelweide im freien Lichtraum. Im unbedindert strahlenden Licht hat sie ihren Wipfel symmetrisch rund angeordnet, während im Folge die anderen Bäume ihre Kronen seltsam spalten und winden und schichten und vielleicht auch verschürkeln müssen im Kampf aller um das Licht.

Von der Stadt ist nur noch die Esse einer Spinnerei zu sehen. Weiße Wolkenlender liegen hier um uns am Horizont.

„Dort hinten werden wir gebimt,“ sagt Bert.

„Dort hinten sind wir die Hottentottenlande,“ lache ich. „Aber wir wollen unsere Gedanken nicht unnötig dorthin schicken. Bis Montag fangen wir die Geschichte anders an.“ Grüne Wiesenränder und Wälder darüber von unnatürlichem Weiß mit blendend hellen Spitzen und blauverföhlerten Abgründen, mit leuchtenden und blaugrauen Wänden umgeben uns. Große Lichtbänder auf dem schwarzen Schattengäß der Wälder. Feine Wipfelzweige scheinen sich ganz im Licht aufzulösen, enden in einem spiegelnden Wäldern. Bergähnliche Landschaften zeigen die Wälder, Schlucht und Talle, blauen Duft, kristallklares Brunsen, graue Kessel und feste Finnen, die sich in nadtem Weiß türmen. Langsam und wandelbar verschoben sich die Formen zu neuen prachtvollen Gestaltungen.

Wir lassen uns von der Nachmittagssonne bestrahlen. Die Behandlung ist nicht teuer. Wir brauchen keine Kranentafel dazu, verdröbeln keine Zeit im Wartezimmer, der Strom kostet nichts, nur der Appetit wird manchmal ganz ingrimmig. Und so regulierbar wie eine Quarzlampe ist die Sonne doch nicht. Es dauert nicht allzulange, da gibt es eine kleine Dosis Regen. Zunächst bleibt es bei einem harmlosen nassen Versuch. Fluß und Ufer leuchten noch einmal um vom Licht überwältigt auf.

Am großen Elsterbogen taucht das Rittergut Großschocher lodend auf mit seinen roten und schwarzbraunen autmüthigen Dachziegeln, dazwischen schlafrige Stallfenster, davor niedrige Häme mit Rankenwerk, Federn und Gestrüpphaufen. Viele Obstbäume rütteln sich, ein Akerfarren harzt würdig kommender Dinge. Das Schanzvolk der Hüher, aragliche Spaghen und die buntgemalten Enten beleben die Szene. Gänse treiben sich auch herum. Eine von der welchen Garde, mit starrem Hals und Kopf, qudt gerade ein- und aus der Luft. Ein paar andere stolzen im Wasser und beschlappen unsere Anfunst. Am Zaun, der ganz eingetränkt ist, wo die Hühner ihr Schlupfloch haben, kräht höflich der Hahn. Mühliches langanhaltendes höhnliches Spottgespräch erfolgt darauf: Drei Hennen, die neben der Jaunede bösen, überlassen sich ihrer vorstichtigen Wihbegierde, als sich das Boot nähert, ducken die Köpfe, und tragen sich polizeiwürdig mit der Zehe im Gesicht. In kurzen Haufen rufen die Dorfsöhne herüber. Drohend antwortet der Hahn vom Rittergut, als eine Henne von seinem Harem ein bißchen erregt gackert. Die selten prächtige Kaktanie an der Uferböschung, die sich mit knorrigen Wurzeln trohig verankert hat, spint ein sonderbares Gewebe von Schatten und Licht.

O. F.

Pauline Die Geschichte einer ganz einfachen Frau

Eines Tages, man schreibt das Jahr 1908, merkt die Frau Professor eine verätrliche Rundung bei dem Mädchen Pauline Weber. „Solche Mädchen kann ich nicht gebrauchen!“, schreit sie entseht. „Sie können sofort gehen!“ Pauline geht, sechs Wochen später gebiert sie ein totes Kind. Pauline ist eine Volkswaise, 18 Jahre alt, hüßlich, krumm gebaut, dazu ein bißchen mollig, gerade so viel, wie es die Männer meist lieben. Sie ist sehr lustig. Sie geht auch viel fort. Jede Nacht läuft sie mit einem anderen. Da wird die Polizei auf sie aufmerksam. Pauline bekommt eine Vorladung, sie wird registriert, sie jammert, sie schreit, sie wehrt sich, aber sie muß den Pöf nehmen. „Machen Sie man keine Ziden, Froslein. Hier, nehmen Sie!“ Pauline ist nun eine abgestempelte „Frauensperson“. Sie geht jetzt staallich auf den Strich. Sie treibt gewerbsmäßig Anzucht.

1910. Pauline Weber ist aufgequollen. Sie ist längst nicht mehr die hüßliche, Krumme, vielbegehrte Pauline von Anno dazumal. Sie ist auch nicht mehr lustig. Wenn sie lacht, sagen die Männer: „Wet bestte denn schon wieder, Pina.“ Mit ihr ist nicht mehr viel los. Die Männer gehen jetzt lieber zu Frauen, die jünger sind und fetter, wie sie vor zwölf Jahren mal war. Aber sie will leben und was ihr Bräutigam ist, der Paule Koller, auch. „Such dir Arbeit!“, sagt er. Das tut sie, aber findet keine. „Stell dir nich so dumm an, Mensch! Willst woll verhungern, wa?“ Nein, das will sie nicht. Pauline beginnt zu stehen. Sie besucht die Wohnungen und Bodenkammern ihrer Kolleginnen, sie macht auch hier und da kleine Diebstähle in Warenhäusern. Da bringt mal abends Paule für sie eine Nachricht mit. Im Westen ist eine Villa seit drei Wochen unbewohnt, die Taloußen sind herunter, es soll eine große Sache werden, er wird Schmiede stehen. Pauline fieber am ganzen Körper, ihre Hände zittern, sie schluckt schwer, sie hat Angst. „Ich will nich. Ich hab das Gefühl, die Sache geht schief.“ „Verückt geworn, wa?“, brüllt da Paule. „Heute Nacht gehste los, verstanden? Soll wohl verhungern, wa?“ Nein, das soll er nicht, ihr guter Paule. Pauline geht um eins fort, fünf Minuten später kommt hinter ihr der Paule. Es ist Stockduster, aber als sie über das Gitter steigen will, wird sie gefchnappt. „Ranu! Was wollen Sie denn hier, Fräulein?“ „Ich... ich wollte... ich habe...“ Da läßt sie den Bund Dietrich fallen. Sie braucht nichts mehr zu sagen.

Sie bekommt ein paar Monate Gefängnis. Als sie entlassen wird, wartet schon der gute Junge Paule auf sie. Ihr kommen die Tränen vor Nöhrung. In der ersten Nacht bleiben sie beisammen. Paule tut, als schenke er ihr damit etwas ganz besonderes, Pauline ist unermüthlich glücklich und zufrieden. In der zweiten Nacht hat er wieder Arbeit für sie, er schickt sie fort. Wieder ist es eine Villa, wieder wird sie gestellt. Diesmal kommt sie nicht so billig davon, sie muß ein Jahr sitzen. Das Spiel wiederholt sich noch oft. Zuletzt bekommt sie 2 1/2 Jahre Zuchthaus. Acht Monate vor Kriegsende wird sie entlassen. Paule ist ge-

fallen, sie wird schwer damit fertig. Aber bald kann sie nicht immer an ihn denken, es gibt mößiger Arbeit. Sie wird in eine Munitionsfabrik eingestellt, später in eine Textilfabrik. Sie hat endlich etwas Festes, und sie hat Ruhe.

1923. Pauline ist jetzt 43 Jahre alt. Neben ihrem Stuhle arbeitet einer, der bringt sie oft heim. Er heißt Paul Körner. Manchmal bleibt er bei ihr über Nacht, er ist zwei Jahre älter als sie und Witwer. Pauline hat ihm alles erzählt von ihrem bisherigen Leben, alles, auch die Geschichte mit Keller Paule. Da hat er gemeint: „Lach man. Ich habe auch schon gefessen. Zweimal. Is also nich schlimm.“ Nachts, im Bett, frug er sie plötzlich: „Und für mich? Würdest du auch für mich stehen?“ Pauline hielt erschrocken die Luft an. Im Dunkel zitterte die Frage hin und her zwischen den niedrigen Wänden. Sie konnte nicht gleich Antwort geben. Aber dann rückte sie doch ab von Paul. „Nein“, sagte sie, „nie wieder, nie.“

1927 heiraten sie. Alte Liebe, heiße Liebe. Er arbeitet, sie arbeitet. Beide verdienen gut. Da kommen die ersten Entlassungen. Pauline ist dabei. Ein Jahr später folgt der Mann. Als die 28 Wochen abgelaufen sind und die Krisenunterstützung beginnt, reichen die paar Groschen nicht hinten und nicht vorne. Dazu findet Paul einen dicken Freund, der schleppt ihn von einer Kneipe in die andere. Einmal kommt er früh um drei besoffen in die Kammer und rüttelt seine Frau wach. „Steh auf, du! Hol Gold, is mir ganz egal wo. Los, steh schon auf, du kannst doch klauen, du hast mirs doch gesagt, steh auf, Mistvieh.“ Pauline ist fast vor Schrecken. Wüht Tage später stellt er an sie das gleiche Anfinnen. Er ist nicht wieder betrunken, er ist diesmal vollkommen nüchtern und hat sein Geld. Pauline wehrt sich noch, aber es ist nur eine schwache Abwehr. Sie beginnt alltägliche Gelegenheiten auszukundschaften. Sie verschafft sich Nachschlüssel, einige hat noch ihr Mann von früher, und eines nachts geht sie los. Beim neunzehnten Einbruch wird sie überrascht und festgenommen.

Vor dem Schöffengericht sagt Pauline: „Ich habe alles aus Liebe zu meinem Paul gemacht.“ Da lächelt der Vorstehende, es lächelt auch der Staatsanwalt, sie lächeln beide über ihre goldenen Anker hinweg die alternde Frau verstimmt an, als wollten sie sagen: „Ranu! Wir kennen doch ihre Akten! Wir kennen doch ihre Vorstrafen! Sie übertreiben wohl ein wenig.“ Paul Körner sagt achselzuckend: „Ich habe von nichts gewußt, Herr Gerichtshof.“ Da weint Pauline und ist zu keiner Aussage mehr zu bewegen.

Das Urteil lautet: Weil schwerer Diebstahl im Rückfalle: 5 Jahre Zuchthaus. — Pauline wird 1935 frei sein. Was man so frei sein nennt. Willibald Kater.





Entkräftet

Es gongt. Mittag vom Turm. Ein Erwerbsloser schenkt über den Brühl. Er hat im Leibe ein Glas Wasser, und viel Hoffnung auf bessere Zeiten.

Vor einem Hause steht ein Geschäftsmann. Er sucht etwas. Er braucht schnell eine Hilfe. Schon hat er den Arbeitslosen erspäht.

„Kommen Sie mit, Sie werden fünfzig Pfennig verdienen.“

Der Arbeitslose blickt erfreut auf. Fünfzig Pfennig zu verdienen? Das sind fünf Tassen Kaffee. Oder anderthalb Portionen Suppe in der Fettküche.

Der Chef steigt gewundene Treppen. Der Arbeitslose federt förmlich hinter ihm her. Sein Körper ist ja schon so leicht, fast ätherisch. In einem Raume stehen zwei Säde. Die müssen die Tropfen hinunter — über die Straße, und in ein anderes Haus gebracht werden.

Er hat den kleineren Sack leuchtend auf den Rücken gebracht. Für einen saiten Kerl eine Spielerei. Blychnell kommt ihm zum Bewußtsein, wie weich seine Knie geworden sind.

Der zweite Sack ist so breit und plump, daß er ihn nicht auf den Rücken bringen kann. Die Knie knien ein. Er ist unter der Last hilflos, wie ein Kind, schweißgebadet, Leere im Kopf.

Der Chef ruft noch jemand herbei. Zwei kräftige Männer helfen einem schwachen die Last aufbürden. Mit zusammengebißnen Zähnen — in Schweiß ertrinkend, leucht der Mensch die Treppen hinab.

„Sie können sich nun wenigstens ein Paket Zigaretten kaufen,“ sagt der Chef anerkennend. Aber die große Masse der Hungernden wird für die Wirtschaft immer unbrauchbarer werden.

Naziprovokation an der Universität

Am Dienstag veranstaltete der Nationalistische Studentenbund eine Kranzniederlegungsfeier am Ehrenmal für die im Weltkrieg Gefallenen in der Universität.

Zu dieser Veranstaltung lag die Genehmigung der Universitätsbehörde b. z. unter folgenden Bedingungen: Einige Teilnehmer dürfen in braunen Hemden erscheinen, aber ohne politische Zeichen.

Wie spielte sich nun diese Zirkusparade in Wirklichkeit ab? Die SA. und SS. traten auf dem Universitätshof an und exerzierten. Sie waren in vollständiger Uniform, also mit brauner bzw. schwarzer Hose, braunem Hemd, Mütze mit Parteiabzeichen.

Wir stellen fest, daß die Nazi-Studenten eine Feier, die angeblich dem Gedächtnis der Gefallenen des Weltkrieges dienen sollte, dazu mißbraucht haben, Stimmung und Propaganda für ihre auf der Straße erschlagene organisierten Kaufbolde zu machen.

Wir fragen die Universitätsbehörde, ob sie gewillt ist, gegen die Schuldigen, die ihr bekannt sind, einzuschreiten. Wir erwarten Maßnahmen, die es verhindern, daß in Zukunft derartig erklärte Gegner der heutigen Staatsform öffentliche Propaganda in der Universität treiben können.

Autodroste fährt Kraftdreirad um

m. Am Dienstag gegen 18.30 Uhr wurde eine die Straßenkreuzung Nord-Humboldtstraße passierende Zyklette von einer die Nordstraße herunterkommenden Kraftdroste umgefahren.

Zu den wenigen fest noch in Leipzig geblieben Volksbräuchen gehört das Johannistfest. Aber auch dieses Fest hat sich im Laufe der Zeit gewandelt.

Die Segnungen der Kreuzzüge bestanden für Europa in der Einschleppung und Verbreitung des Auslasses, der Lepra als Seuche.

Im 15. Jahrhundert bereits fanden schwache und betagte Personen, die sich gegen ein Eintrittsgeld, das vom Vermögen und Alter abhängig war, einkauften.

Die Sage erzählt, daß 1441 eine Pilgerin aus Jerusalem gekommen sei, die am Johannistage mit den Insassen des Hospitals, denen sie Gesandung versprach.

Jedes Jahr, am frühen Morgen des Johannistages, wanderten die Leipziger durch das Grimmaische Tor nach dem Johannishospital.

In anderer Form entstand das Johannistfest 1833 anlässlich der Einweihung des Johannistages. Im Winter von 1832 zu 1833 hatte man mit Hilfe von 300 Arbeitslosen die in der Johannistadt gelegene Sandgrube in eine Gartenanlage umgewandelt.

Einem Sitte sei noch gedacht, die still und fast unbeachtet von den Bewohnern des Hauses Petersstraße 17 am 24. Juni geliebt wird. Dort ist über einem Türbogen eine Gule in Stein gehauen.

Verbot von Demonstrationen

Das Polizeipräsidium teilt mit: „Im Anschluß an einen Umzug der NSDAP. am Sonntag, dem 21. Juni, hat ein Teil des Zuges, etwa 50 bis 60 Mann, dreißig zufällig in der Pieschstraße vorübergehende Reichsbannerleute überfallen und blutig geschlagen.“

„Wegen der Barrikaden hatte das Polizeipräsidium nichts unternommen; die Schlägerei in der Pieschstraße wurde jedoch als Anlaß genommen, die für den 23. Juni angelegten Aufmärsche von Nationalsozialisten nach verschiedenen Stadtteilen zu verbieten.“

Der Brotpreis gesichert

Die Schiele-Politik hat sich zur Aufgabe gestellt, die Getreidepreise so hoch wie nur irgend, möglich zu treiben, obwohl die Marktfrage für Getreide in der ganzen Welt der Bevölkerung billiges Brot zu verschaffen gestattete.

„Vor vier Wochen hatte“, wie der Rat der Presse mitteilt, „der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft auf Grund von Anträgen des Rats und des Leipziger Badgewerbes (einschließlich Mühlen) die Stabilität des Leipziger Brotpreises gesichert.“

Bei dem Volkofeste im Westen sind folgende Gegenstände gefunden worden: 1 Kinderhandtäschchen, 2 Schlüssel, 2 Sportgürtel, 1 kleines Portemonnaie, 1 Kindermütze und 1 Kinderschuhe.

Zum Johannistfest

Zu den wenigen fest noch in Leipzig geblieben Volksbräuchen gehört das Johannistfest. Aber auch dieses Fest hat sich im Laufe der Zeit gewandelt.



Einem Sitte sei noch gedacht, die still und fast unbeachtet von den Bewohnern des Hauses Petersstraße 17 am 24. Juni geliebt wird. Dort ist über einem Türbogen eine Gule in Stein gehauen.

Ein Kommunist als Menschenfreund

In dem neuverleibten Stadtteil Knautkleeberg zeigte sich ein Kommunist von solch überragender Menschenfreundlichkeit, daß ein Freund unseres Blattes sich veranlaßt sah, uns davon Mitteilung zu machen.

Bei dem Volkofeste im Westen sind folgende Gegenstände gefunden worden: 1 Kinderhandtäschchen, 2 Schlüssel, 2 Sportgürtel, 1 kleines Portemonnaie, 1 Kindermütze und 1 Kinderschuhe.

„Vor vier Wochen hatte“, wie der Rat der Presse mitteilt, „der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft auf Grund von Anträgen des Rats und des Leipziger Badgewerbes (einschließlich Mühlen) die Stabilität des Leipziger Brotpreises gesichert.“

„Vor vier Wochen hatte“, wie der Rat der Presse mitteilt, „der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft auf Grund von Anträgen des Rats und des Leipziger Badgewerbes (einschließlich Mühlen) die Stabilität des Leipziger Brotpreises gesichert.“

„Vor vier Wochen hatte“, wie der Rat der Presse mitteilt, „der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft auf Grund von Anträgen des Rats und des Leipziger Badgewerbes (einschließlich Mühlen) die Stabilität des Leipziger Brotpreises gesichert.“

Bei dem Volkofeste im Westen sind folgende Gegenstände gefunden worden: 1 Kinderhandtäschchen, 2 Schlüssel, 2 Sportgürtel, 1 kleines Portemonnaie, 1 Kindermütze und 1 Kinderschuhe.



# Stahlhelmpistel für Studentkowitz

Der Landtagsabgeordnete Frickh von der konservativen Volkspartei, ein Mann, der stets das Stahlhelmschild trägt, las in der Landtagssitzung vom 16. Juni 1931 den Nazis im allgemeinen und dem besonders großmächtigen Naziabgeordneten Studentkowitz, der sich vor allen anderen seiner Freunde durch besonders blutdürstige Phantasien vom Körperrollen auszeichnet, folgende Epistel, die wir zur Erheiterung unserer Leser nach dem amtlichen Stenogramm abdrucken:

„Hr. Frickh (Konservative Volkspartei): ... Und wenn wir wissen, daß Europa heute 34 Staaten hat gegenüber früher 25, 30 Währungen gegenüber früher 18, und 20 000 Kilometer neue Zollgrenzen, dann gehen uns die Augen auf, was das Diktat von Versailles zu bedeuten hat, nicht für uns, sondern für alle europäischen Völker und wir sollten auch ein klein wenig an unser Herz schlagen und sollten uns fragen: Was habt ihr denn in Deutschland mit dazu beigetragen, daß die Not heute so außerordentlich groß ist? Und da möchte ich an etwas erinnern, das nach meinem Dafürhalten einen wesentlichen Teil der Schuld an unserem heutigen Elend mitträgt, das Verbrechen der Inflation, das in den Jahren 1922 und 1923 an unserem Volke begangen worden ist.“

Und das weitere, das wir heute sehen, ist die Flucht des deutschen Kapitals ins Ausland. Diese Flucht deutschen Kapitals ins Ausland ist nur einem vergleichbar, dem Ueberläuferium und dem Drückbergertum während des Krieges. Diese Kapitalfluchtlinge sind nur denen zu vergleichen, die ihre Kameraden vorne im Stich gelassen haben, um ihr Leben zu retten für eine Zeit, in der zu leben für manche Menschen wahrhaftig heute keine Freude ist. Ich warne davor, unserem Volke zu sagen, daß nur der Wegfall der Tributzahlungen unsere Wirtschaft wieder in Ordnung bringen könnte. Wir brauchen uns nur einmal zu überlegen, was in den letzten 1 1/2 Jahren in Deutschland an Ersparnissen und an neuen Steuern geschehen ist, um eine Summe zu erhalten, die sehr viel größer ist als die Summe, die uns die Tributzahlungen auferlegen ...

... Es sagte als Vertreter der nationalsozialistischen Fraktion Herr Ugg. Studentkowitz bei der Beratung des Etats: „Wir Nationalsozialisten werden unsere Anträge ohne Rücksicht darauf, ob der Etat balanciert ist, stellen. Und da sagen wir, daß der eiserne Wille zu Ersparnissen keineswegs an allen Stellen vorhanden ist.“

Wäre ich muß dem Redner der Nationalsozialisten von jenem Tage wenigstens das eine lassen, er hat versucht, Deckungsmittel anzugeben und hat gesagt, es besteht die Möglichkeit, jährlich Millionen von Börsengewinnen den Menschen zu entziehen, die an der Börse, ohne einen Finger krümmen zu machen, diese Vermögen einstreichen. Ich habe alle Achtung vor der Sachkenntnis des Herrn Studentkowitz als Bankfachmann. Er hat schon das erfahrungsgereiche Alter von 27 Jahren. (Lachen bei den Komm.) Er studiert im 15. Semester (Lachen) und ist trotzdem noch nicht zu Ende. Er hat Jura studiert und ist nicht fertig geworden. (Ugg. Studentkowitz: Sie sind so alt geworden und haben noch nichts gelernt!) Er hat Philosophie studiert und ist damit auch nicht fertig geworden. Und dann ist er Bankassistent geworden, und ein Bankassistent ist ja beinahe so viel wie ein Kassenklingel. (Ugg. Studentkowitz: Ich bin nicht Volontär gewesen!) Von diesem Standpunkte der Erfahrung aus kann man vielleicht dazu kommen, dem deutschen Volke vorzumachen, daß man bloß einen Finger ausstrecken braucht, um an Börsen- und Spekulationsgewinnen alle Jahre Milliarden einzuschleimen ...

... Aber unserem Volke in der jetzigen Zeit, es genügt ein Blick auf die Kurztabelle, zu sagen, dort werden jährlich Milliarden gemöndet, das führt dann zu solchen Zerplitterungen und Zersplitterungen in unserem Volke, die uns nicht zusammenkommen lassen, weil ein Teil des Volkes, die Kinderlein, die hören es, die Herren so von 12, 15, 18 Jahren, in den nationalsozialistischen Jugendvereinigungen (Ugg. Studentkowitz: Alte Eitel mit grauen Haaren brauchen wir nicht!) die glauben das, und das dient mit dazu, daß wir nicht zusammenkommen können auf dem Boden einer Verständigung über das, was irgend möglich ist.

Und ich klage noch eins an unseren Zuständen, das ist das Verhalten derjenigen, die sich nationale Opposition nennen, nach der Reichstagswahl vom 14. September vorigen Jahres. (Ugg. Studentkowitz: Ja, das müßte dazu sein Ihnen freilich!) Man hat immer gelagt, der Marxismus trage die Schuld an der Notlage unseres Volkes. Ich habe gar keine Ursache, den Marxismus irgendwie in Schutz zu nehmen. Ich bin sein Feind so gut wie jeder andere. Ich halte ihn für eine falsche Lehre. Aber wir hätten die Möglichkeit gehabt, den Marxismus vollständig vom Einfluß auf die Reichspolitik auszuschalten, wenn zwei Parteien, die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten, nach dem 14. September das erkannt hätten, was ihre Pflicht ist, nämlich ihrem Volke zu dienen. Es ist ihnen aber nicht eingeleuchtet zu dienen, sondern sie sind hingegangen und haben den Wunsch geäußert, zu herrschen. Und weil sie nicht herrschen konnten, weil man ihnen Mitarbeit, weil man ihnen Einfluß nach ihrem Können und ihrer Zahl wohl mit zubilligen wollte, aber nicht die alleinige Führung, haben sie sich nicht hinter eine nationale Regierung gestellt, sondern sie haben sogar durch ihren Auszug aus dem Reichstag am 10. Februar das Kabinett Brüning in gewissem Sinne auf den modus vivendi mit der Sozialdemokratie angewiesen. Dem Kabinett Brüning sagt man heute draußen alles mögliche nach, das Kabinett Brüning verkehrt man draußen vor dem Volke, indem man sagt, das Kabinett führe aus, was die Sozialdemokratie will. Hätte man seine Pflicht getan, wäre die

Sozialdemokratie gar nicht in die Lage gekommen, auch nur einen Wunsch im Reichstage zu äußern. Wer heute die Behauptung aufstellt, Brüning hänge in gewissem Sinne von der Sozialdemokratie ab, der soll an sein eigenes Herz schlagen und sagen, das ist unsere Schuld, weil wir herrschen wollten da, wo wir die Pflicht hatten, unserem Volke zu dienen, wie andere ihrem Volke gedient haben. Es wäre mir ein Leichtes, aus den Papieren, die ich in meinen Akten habe, allein für die Monate März und April ein Sündenregister aufzustellen, das dadurch zustande gekommen ist, daß eben die sogenannte nationale Opposition sich aus dem Reichstag ferngehalten hat ...

So wird Studentkowitz und die Seinen von den nächsten Gefinnungsverwandten der Nazis angesehen. Und das will Führer ins Dritte Reich sein!

## Verabschiedung des Dreßdner Haushaltsplans

Zu Beginn der letzten Stadtverordnetenversammlung gab Dr. Kaiser (D. V.) namens der bürgerlichen Parteien mit Bezug auf die Haushaltsvorgänge in der letzten Sitzung eine Erklärung ab, in der gesagt wird, daß sich diese Parteien ähnliche Beschimpfungen in Zukunft nicht mehr bieten lassen würden. Die Zulassung einer kommunistischen Gegenklärung wurde vom Vorsteher Böllisch abgelehnt. Darauf wurde die Einzelberatung des städtischen Haushaltsplans fortgesetzt. Auf Antrag des Finanzausschusses wurde einstimmig beschlossen, gemäß dem Ratsvorschlag von der Weiter-

erhebung der Rauchensteuer abzusehen, dagegen die übrigen Steuerzuschläge des Rates (Bier-, Musikinstrumenten-, Bürgersteuer) abzulehnen. Damit war die Haushaltsplanberatung beendet. Der Gesamtertrag ergibt bei einer Einnahme von 159 606 458 Mark und einer Ausgabe von 171 488 410 Mark einen Fehlbetrag von 11 881 952. Anschließend erfolgte die Wahl von acht Stadtverordneten und zwei Stellvertretern in den Einigungsaußschuß. Während der Verhandlungen kam es wiederholt zu Zwischenfällen. Der Kommunist Gabel wurde, nachdem ihm das Wort entzogen war und er trotzdem weiter sprach, von der Sitzung ausgeschlossen. Ebenso erging es später dem Kommunisten Schneider. Da er aber freiwillig den Saal nicht verließ, wurde er durch Polizeibeamte abgeführt. Nach Wiederaufnahme der durch diese Vorgänge unterbrochenen Sitzung fand ein konservativer Antrag Annahme, wonach Schneider auf vier Sitzungen ausgeschlossen bleibt.

Dresden. Freitag auf der Straße. Am Freitagvormittag gegen 11 Uhr warf sich auf der Schloßstraße ein 25jähriger Kaufmann vor einen Autobus. Er wurde überfahren und erlitt schwere Verletzungen, denen er nach seiner Einlieferung ins Friedrichshäuser Krankenhaus erlag.

Chemnitz. Zwei tödliche Verkehrsunfälle. Auf dem Falkenplatz wurde ein fünfjähriger Veranleiher von einem Straßenbahnzuge angefahren, wobei er anscheinend schwere innere Verletzungen erlitt. Der Verunglückte wurde in bewußtlosem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert, wo er bald darauf starb. — Um die gleiche Zeit wurde in der Zietenstraße ein fünfjähriges Mädchen von einem Diesellokomotiv angefahren. Das Kind erlitt Knochenbrüche und innere Verletzungen, die nach kurzer Zeit im Krankenhaus den Tod herbeiführten.

# Blutiger Wahlterror in Euthra

### Massenprozeß vor dem Leipziger Schöffengericht — 21 Angeklagte, davon 10 Nazis und 11 Kommunisten auf der Anklagebank

Am Sonntag, dem 15. Juni 1930, wurde der Wahlkampf für den Sächsischen Landtag durch einen schweren Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in Euthra erheblich verschärft. Bei diesem Zusammenstoß wurde der Arbeiter Johannes Franke aus Leipzig, Köhnerstraße, getötet, 12 Kommunisten und einige Nationalsozialisten schwer verletzt. Diese Vorfälle, die nun über ein Jahr zurückliegen, werden nach mancherlei Schwierigkeiten endlich vor dem gemeinsamen Leipziger Schöffengericht verhandelt. Die Verhandlung, die Dienstag vormittag begann, wird höchstwahrscheinlich bis in die nächste Woche hinein dauern.

Auf der Anklagebank sitzen 10 Nationalsozialisten, darunter als Führer der früheren Hauptmann Schließen und der Leipziger Stadtverordnete Kurt Kaerger, und 11 Kommunisten, die größtenteils bei den Zusammenstößen verletzt wurden. Die Verhandlung führt der Amtsgerichtsdirektor Dr. Proke. Die Anklage wird durch die Staatsanwälte Dr. Hölzer und Hiller vertreten. Die Nationalsozialisten haben den ganzen Stab ihrer Leipziger Parteimitglieder, vier an der Zahl, aufgebieten und als Verstärkung auch noch Gustav Meißner hinzugezogen, während die Kommunisten durch die Anwälte Meyer und Kolbe verteidigt werden. Nur einer der Angeklagten muß ohne Verteidiger auskommen, weil er sich inzwischen, daß der KPD-Mitglied Hans Fritzsche zur Abhaltung der Verhandlung beantragt Rechtsanwalt Meyer für den größten Teil der kommunistischen Angeklagten die als Nebenkläger zugelassen. Die Anklage wird durch Gerichtsbeschluss statuiert. Ein weiterer Antrag des Rechtsanwalts Meyer, das Verfahren gegen 6 Nationalsozialisten abzubrechen, weil diese Angeklagten gemeinsam einen Menschen getötet haben und diese Sache daher vor das Schwurgericht gehöre, wird abgelehnt bzw. zur späteren Beschlußfassung zurückgestellt.

Am 15. Juni trafen gegen 10 Uhr 50 bis 60 Kommunisten auf einem Lastwagen mit Anhänger in Euthra ein, um dort für die bevorstehende Wahl zum Sächsischen Landtag Propagandamaterial für die kommunistische Liste zu verteilen. Die Kommunisten, meist jugendliche Personen, durchführten den Ort bis zur Hühnerstraße, von wo sie, durch etwa 10 Parteigenossen aus Euthra verstärkt, einen Propagandaaufzug durch den Ort machten. Eine halbe Stunde später trafen zunächst 3 Lastwagen mit Nationalsozialisten, von Zwenkau kommend, in Euthra ein. Die Wagen führten in der Schulstraße auf und ein Teil der Besatzung ging zur Verteilung von Werbematerial in den Ort. Gegen 11 Uhr ließ der kommunistische Zug auf die Flugplatzverteller der Nazis. Es wurden Rufe laut: Nationalsozialisten! Schlagt sie tot, schmeißt die Hunde tot! Mit Steinen und abgerissenen Jaunlatten wurde der Kampf eingeleitet, bei dem die Nazis, da sie in der Minderzahl waren, zurückgedrängt wurden. Inzwischen waren aber 3 weitere Lastwagen mit Nationalsozialisten in Euthra eingetroffen, die sofort in den Kampf eintraten und nun ihrerseits mit den Rufen: Schlagt die Hunde tot, die Lumpen! sich auf das kleine Häuflein Kommunisten stürzten. Die Kommunisten wurden in einer Ecke zwischen dem Friedhof und dem Grundstück des Viehhändlers Hillert zusammengedrängt und in der gemeintlichen Weise niedergeschlagen. Es wäre vielleicht eine Möglichkeit zur

Flucht für die Kommunisten offen gewesen, die aber durch einen Nazitrupp versperrt wurde.

Unter den am Friedhof zusammengedrängten Kommunisten befand sich auch der durch Schwarzhand und Hühler als Antifaschist erkennbare Goldschmidt Johannes Franke, der einen Messerstoß erlitt und Blutüberströmung erlitt. Mit dem Rufe: Schlagt den Hund tot! stürzten sich die Faschisten auf den Gefallenen und schlugen mit Knütteln und Totschlägern solange auf ihn ein, bis er mit zerklüftener Schädeldecke tot liegen blieb.

In unmittelbarer Nähe der Leiche wurde ein etwa ein Pfund schweres Stück Blei gefunden, das die Form eines Schraubverschlusses hatte. In diesem Bleiklug war ein aus bledem Kupferdraht hergestellter Haken eingeschmolzen und an diesem ein Riemen befestigt. Dieser Bleiklumpen bildete eine fürchtbare Waffe, die unbedingt tödlich wirken mußte.

Während an dieser Stelle die Nationalsozialisten mit zehnfacher Uebermacht auf das kleine Häuflein Kommunisten einschlugen und auch die Verletzt am Boden Liegenden noch in vielfachster Weise bearbeiteten, machte sich ein anderer Trupp über das Lastauto her, mit dem die Kommunisten gekommen waren. Das auf diesem Wagen befindliche Propagandamaterial wurde in den Dreck geworfen, zertrümmert oder zertrampelt. Das rote Tuch, mit dem der Wagen geschmückt war, wurde ebenso wie die Transparenten zerissen. Die beiden Euthraer Polizeibeamten, die sich bemühten, der Schlägerei Einhalt zu tun, konnten gegen diese Uebermacht nichts ausrichten.

Die Nationalsozialisten wandten sich in ihrem Blutrausch auch gegen die Einwohnerhaft in Euthra, sie schüßten sich völlig Herzen der Situation und versuchten die Segnungen des Dritten Reiches bereits in der Praxis vorzudemonstrieren.

Bei diesem Morden wurden die Nazis von einigen bemitteltesten Einwohnern tatkräftig unterstützt. Erst ein Ueberfallkommando von 60 Mann, das von Leipzig kommend in Euthra eintraf, konnte die Ruhe wieder herstellen.

Der erste Verhandlungstag vor dem Schöffengericht wird mit der Vernehmung der Angeklagten zur Person und der Nationalsozialisten auch noch zur Sache ausgefüllt. Bei der Vernehmung zur Sache wird sich der frühere Hauptmann und jetzige Prokurist Richard Schließen in Widerspruch. Schließen, der beschuldigt wird, mit dem Messer gekocht zu haben, behauptet zuerst, er sei nur als Gast rein zufällig mit dem Auto nach Euthra gekommen. In der weiteren Vernehmung erklärt er dann, daß er als Führer alles getan habe, um Ausschreitungen zu vermeiden. Der Leipziger Stadtverordnete Kaerger ist nur mit nach Euthra gefahren, um als „älterer Herr“ (Kaerger ist 80 Jahre alt) den jüngeren Mitgliedern der SA, ein gutes Beispiel zu geben und sie für weitere Taten anzufeuern. Er behauptet, daß die Bevölkerung von Euthra die Nazis überfallen habe, eine Behauptung, von der die Bevölkerung Euthras sicher in gebührender Weise Notiz nehmen wird. Nur einer der Nazis gibt zu, daß er mit Steinen geworfen habe, die in großer Menge für Straßenaarbeiten aufgestapelt waren. Der Angeklagte Karl Kerschmar gesteht ein, daß die SA auch noch auf Leute eingeschlagen hat, die bereits schwer verletzt am Boden lagen.

# UMGEBUNG

## Ein Motorradfahrer verunglückt und seines Rades beraubt

Am 20. Juni wurde auf der Landstraße in der Nähe von Lützen ein Motorradfahrer von einem Handwerksburschen gebeten, ihn als Sozius mit nach Leipzig zu nehmen. Beide erlitten am Fleischerplatz gegen 18 Uhr einen Unfall. Der Führer brach hierbei das linke Bein und wurde ins Krankenhaus St. Jakob gebracht, während der unbekannte Sozius unverletzt blieb und mit dem Kraftwagen davonfuhr. Angeblich hat er es in die Wohnung des Verletzten bringen wollen. Das Rad, Marke „Jundopp“, führt das Kennzeichen III 23 621, sowie Fahrgestell- und Motornummer 45 218, 297 cem. — Wer Angaben zur Wiederherbeischaffung des Motorrades machen kann, wird gebeten, sich beim Kriminalamt zu melden.

## Stadtparlament Bad Naußig

id. Zur Erhaltung von Altwohnraum lagen vier Gesuche um Bewilligung von Zuschüssen aus Mietzinssteuermitteln vor. Drei Gesuchsteller wurden zusammen 3000 Mark bewilligt. Das Gesuch Hoyerform wurde abgelehnt, weil nicht Erhaltung von Wohnraum in Frage kommt. Der Reingewinn der Girokasse beträgt 11 416,28 Mark auf das Geschäftsjahr 1930/31. Der Reingewinn der Sparkasse auf dasselbe Geschäftsjahr 14 163,81 Mark. Auf Antrag Kiehlings (bürgerlich) wird einstimmig beschlossen, die Verteilung zu vertagen.

Der Fehlbetrag im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1930/31 beträgt 50 000 Mark, der hauptsächlich durch Wohl-

fahrtskosten entstanden ist. Ein Antrag des Stadtrates fordert die Beschlußfassung über die Aufnahme eines Darlehens von 50 000 Mark. Die bürgerlichen Schlimper und Haller kämpfen gegen die Aufnahme des Darlehens mit der Begründung, man müsse endlich aufhören mit der Pumpwirtschaft, damit Staat und Reich gezwungen wird, der Gemeinde die Mittel anzuweisen. Die zwei Kommunisten lehnen gleichfalls ab. Die SPD tritt für die Aufnahme des Darlehens ein. Der Antrag des Stadtrates wird mit allen Stimmen der Bürgerlichen und Kommunisten gegen die Stimmen der SPD abgelehnt. Bürgermeister Ritche legte sofort Berufung ein und sagte zu Heinemann (KPD), daß er seinen Wählern einen schlechten Dienst erweise, wenn er die Mittel zur Weiterzahlung der Wohlfahrtsvereinslohnunterstützung abgelehnt habe. Der Antrag Heinemann (KPD), den Einpruch des Stadtrates zurückzuziehen, wurde mit denselben 10 Stimmen gegen die 5 Stimmen der SPD angenommen. Weiter lagen folgende Anträge des Stadtrates zur Beschlußfassung vor. Erhebung von 150 Prozent Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer, 150 Prozent Zuschlag zur Bürgersteuer und 100 Prozent Zuschlag zur Biersteuer. Bei den geforderten Zuschlägen würde die Steuer 86 500 Mark erbringen. Die Bürgerlichen beantragen durch Schlimper 100 Prozent Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer. Die KPD lehnt jeden Zuschlag ab. Die SPD tritt für 150 Prozent Zuschlag ein. Der Antrag Schlimper, 100 Prozent, wird mit 7 gegen 3 Stimmen bei 5 Enthaltungen der SPD angenommen. Der Zuschlag zur Bürgersteuer wird einstimmig abgelehnt. Einstimmige Ablehnung fand auch der 100prozentige Zuschlag zur Biersteuer. Bürgermeister Ritche erhebt gegen die Beschlüsse aller drei Steuerarten sofort Einspruch. Der Einspruch des Bürgermeisters wird sofort behandelt und mit 10 gegen 5 Stimmen der SPD zurückgewiesen. Die Kinderbewährantenliste ist in jüngster Zeit nur noch mit 5 Zöglingen besetzt gewesen, daher wird einstimmig beschlossen, die Anzahl am 1. Juli zu schließen. Die Stiftungsgelder sollen der Bezirkskinderfürsorge überwiesen werden. Den Ankauf eines Mannschaftswagens für

die Freiwillige Feuerwehr lehnt man gegen eine Stimme ab. Bei Legung der Wasserleitung nach der Rollmühle ist der Anschlag um 900 Mark überschritten worden, gegen 2 Stimmen wird die Uebererschreitung nachbewilligt. Das Entlassungsgesuch Kiebling (bürgerlich) wird genehmigt. Dasselbe geschieht mit dem Entlassungsgesuch Heinemann (KPD). Der Vorsteher dankt den beiden Ausschüßenden für ihre Tätigkeit im Interesse der Stadtgemeinde. Anschließend nichtöffentliche Sitzung.

## Weltliche Elternräte

Unterbezirk Borna.

— Zu der für den Unterbezirk Borna einberufenen Konferenz weltlicher Elternräte hatten Vertreter entsandt die Elternräte von Borna, Großsch, Pegau und Rütka. Es fehlten Bad Naußig, Froberg und Lobstädt. Genosse Ritzebach, Borna sprach über Rechte und Aufgaben der Elternratsmitglieder. In der regen Aussprache kam zum Ausdruck, daß man es begrüße, daß jetzt zwischen den einzelnen Elternratsfraktionen eine Verbindung hergestellt und Gelegenheit zu gemeinschaftlichen Aussprachen geschaffen sei. Die Arbeit soll nun im Sinne des vom Referenten dargelegten Vorschlags geführt werden. Besonders in den Orten, in denen wir über eine Mehrheit im Elternrat verfügen, soll energig gearbeitet und der Elternrat gezeigt werden, daß der Elternrat das rege Bindeglied zwischen Schule und Elternhaus werden kann. Wo christliches Rudertum und eine reaktionäre Mehrheit die fortschrittliche Arbeit hemmen, da sollen die Elternratsmitglieder die Elternschaft mobil machen durch rege Auffklärungsarbeit und von ihnen einberufene Elternratsversammlungen. Da unsere Arbeit auch im Sinne der Ziele der Lehrervereine liegt, spricht man die Hoffnung aus, daß besonders der fortschrittliche Teil der Lehrerschaft hier tatkräftig Mitarbeit leistet; denn nur so kann unserer Volksschule gebient und ihre freizeitleiche Entwicklung gefördert werden.







